

NACHRICHTEN

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 41

München, November 1997

Generaldirektor Walter Jaroschka im Ruhestand. Einführung von Hermann Rumschöttel als Nachfolger

Nach fast 20 Jahren an der Spitze der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ist Generaldirektor Professor Dr. Walter Jaroschka mit dem Ende des Monats Juli 1997 in den Ruhestand getreten. Vor zahlreich erschienenen Vertretern des öffentlichen und kulturellen Lebens und aus den Archiven des In- und Auslandes würdigte der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, in einer Feierstunde am 24. Juli im Lesesaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs seine langjährige Tätigkeit an der Spitze der bayerischen Archivverwaltung und führte als seinen Nachfolger den bisherigen Direktor des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, Dr. Hermann Rumschöttel, in sein Amt ein. Der Minister ging im einzelnen auf die Schwerpunkte des Wirkens Walter Jaroschkas als Generaldirektor ein und nannte hier besonders die Beständebereinigung und Neuorganisation des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, Archivgesetz, Archivbau, historisch-politische Bildungsarbeit und Veröffentlichungen. Der Minister konnte mitteilen, daß der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber Walter Jaroschka am Tag zuvor mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet hat.

Der Minister stellte dann Dr. Hermann Rumschöttel als Nachfolger Jaroschkas vor. Er zeichnete dessen beruflichen Werdegang nach und betonte, daß er durch seine bisherigen Leistungen und durch das große Ansehen, das er im In- und Ausland genieße, für das neue Amt bestens qualifiziert sei (Abdruck der Ministerrede S. 2).

Der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, würdigte die Arbeit Jaroschkas in der Konferenz der Archivreferenten bzw. Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (ARK). Die staatlichen Archive der deutschen Länder und das Bundesarchiv seien bei der Wahrnehmung ihrer fachlichen Aufgaben und in der Sorge um die gesamtstaatliche Überlieferung auf vielfältige Weise aufeinander angewiesen. Deshalb komme der ARK eine sehr große Bedeutung zu. Da die Vitalität, die Kraft zur Gestaltung, die Ideenstiftung für die Ziele politischen Handelns zum guten Teil im Selbstbewußtsein der Bundesländer ruhten, sei das „frei-

staatliche, unerschütterliche, in der Kontinuität der historischen Entwicklung wurzelnde Selbstbewußtsein“, das die bayerische Archivverwaltung unter Walter Jaroschka in dieses Gremium eingebracht habe, zu loben. Er bedankte sich für die erlebte konstruktive Zusammenarbeit mit Bayern in den letzten Jahrzehnten und nannte als Beispiele hierfür die Archivgesetzgebung, das OMGUS-Projekt, die Einrichtung des Lastenausgleichsarchivs in Bayreuth, die Zusammenarbeit in internationalen Gremien und mit ausländischen Archiven. Im Namen seiner Kollegen aus der ARK wünschte er dem scheidenden Generaldirektor viel Glück für die Zukunft, überbrachte dem kommenden Generaldirektor die Glückwünsche zum Amtsantritt und sagte, daß die ARK sich auf die Zusammenarbeit mit ihm freue.

Für die Archivdirektorenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) sprach der Leiter des Amtes für Kultur des Kantons St. Gallen, Dr. Walter Lendi, über die Arbeit Jaroschkas in diesem Gremium. Er habe in Gesinnung und Werk dem Ziel der Arge Alp, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsame Anliegen der Mitgliedsländer auf archivischem Sektor zu bewältigen, in hervorragender Weise nachgelebt. Er würdigte besonders den unter der Federführung Bayerns publizierten Archivführer der Arge Alp als wichtiges Instrument und als Hilfsmittel für grenzüberschreitende Archivarbeit.

Der scheidende Generaldirektor bedankte sich in sehr persönlich gehaltenen Worten beim vorgesetzten Ministerium und bei allen, die ihn auf seinem beruflichen Lebensweg begleitet haben, für die ihm gewährte Hilfe und Unterstützung. Er hob die von ihm besonders gepflegten freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich, Tschechien, Slowenien und dem neuen Bundesland Sachsen hervor und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß führende Archivare dieser Länder, die Generaldirektoren Prof. Dr. Mikoletzky (Wien) und Dr. Oldřich Sládek (Prag) sowie Prof. Dr. Žontar (Laibach) und Dr. Bannasch (Dresden), zu seiner Verabschiedung gekommen seien. Zur inneren Umgestaltung der bayerischen Staatsarchive bemerkte er, daß er kein „revolutionärer Neuerer“ gewesen

sei, als der er „aus Unkenntnis der Archivgeschichte mal positiv, mal negativ gesehen wurde, sondern eher ein konsequenter Vollender seit der Mitte des 19. und dann vor allem in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts bereits in Ansätzen konzipierter Ideen“. Der großen Tradition der bayerischen Archivverwaltung, die von den wittelsbachischen Archiven des Mittelalters bis in unsere Zeit reicht, habe er sich immer zutiefst verpflichtet gefühlt. Seinem Nachfolger wünschte Jaroschka, daß er die Staatlichen Archive Bayerns trotz wachsender Haushaltsengpässe ohne Standardverlust in eine glückliche Zukunft führen möge.

Dr. Hermann Rumschöttel dankte dem Staatsminister für das in ihn gesetzte Vertrauen und dem scheidenden Generaldirektor für 27 Jahre enger und fruchtbarer Zusammenarbeit. An die ihm nun anvertrauten Archive, an Landtag, Senat, Staatsregierung – insbesondere an das vorgesetzte Kultusministerium – und an alle Partner in Verwaltung und Wissenschaft richtete er die Bitte um vertrauensvolle Zusammenarbeit und um Unterstützung. Er wolle bei seinem Amtsantritt bewußt keine programmatischen Ankün-

digungen machen, sondern lediglich hinweisen auf die Notwendigkeit, die archivstrukturellen Maßnahmen zielstrebig fortzuführen, auf das weite Problemfeld der Bestandserhaltung, auf die Herausforderung der Archive durch die moderne Informationstechnik und auf die Ausbildung des Nachwuchses im Rahmen der Bayerischen Archivschule. Schließlich überreichte er Walter Jaroschka zu seinem 65. Geburtstag (31. Juli) und zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Archivdienst eine umfangreiche Festschrift, die als Band 80 der Archivalischen Zeitschrift erschienen ist. 28 Beiträge auf 500 Seiten lassen die Schwerpunkte von Walter Jaroschkas Arbeiten und Forschungen sowie seine hilfswissenschaftlichen und geographischen Interessen deutlich erkennen und stellen den Jubilar selbst – als Mensch, Archivar und Historiker – in den Mittelpunkt (siehe auch S. 23).

Mit den „Königsfanfaren“ aus der Oper *Fredegundis* von Franz Schmidt (1874–1939), einem Lieblingskomponisten des Jubilars, endete die eindrucksvolle Veranstaltung.

(L)

Ansprache des Kultusministers bei der Verabschiedung von Walter Jaroschka und der Einführung von Hermann Rumschöttel als Leiter der Generaldirektion

Anläßlich der Verabschiedung des Generaldirektors der Staatlichen Archive Bayerns, Prof. Dr. Walter Jaroschka, und der Einführung seines Nachfolgers, Dr. Hermann Rumschöttel, am 24. Juli 1997 in München hielt der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, die folgende Ansprache:

„Gemäß Art. 55 des Bayerischen Beamtengesetzes tritt der Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Herr Professor Dr. Walter Jaroschka, mit dem Ende des Monats Juli 1997 in den Ruhestand“. Hinter dieser knappen Formulierung in der nüchternen Verwaltungssprache steht eine überaus erfolgreiche Entwicklung des bayerischen Archivwesens in den letzten zwei Jahrzehnten, die vom „ersten Archivar“ des Landes maßgeblich gestaltet und entscheidend geprägt wurde.

Die heutige offizielle Verabschiedung bietet eine willkommene Gelegenheit, die Verdienste des scheidenden Generaldirektors zu würdigen und dabei die Bedeutung unserer Archive wieder einmal in der Öffentlichkeit hervorzuheben. Deshalb danke ich Ihnen, daß Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind und mit Ihrer Anwesenheit die Verbundenheit mit Generaldirektor Professor Jaroschka und dem bayerischen Archivwesen zum Ausdruck bringen. Namens der Bayerischen Staatsregierung und als der für das Archivwesen zuständige Ressortminister be-

grüße ich Sie alle sehr herzlich. Bei der Vielzahl der anwesenden hohen Gäste ist es mir nicht möglich, Sie alle einzeln zu begrüßen. So begrüße ich „in toto“ die Vertreter aus Politik, Verwaltung, Justiz und Bundeswehr, Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Bildung und Medien. Ein besonderer Gruß gilt den bayerischen, deutschen und ausländischen Archivaren.

Meine Damen und Herren, unsere Archive sind Zentren von Dokumentation und Information. Mit den von ihnen verwahrten Unterlagen vom frühen Mittelalter bis heute dienen sie der Verwaltung, der Allgemeinheit und jedem einzelnen Bürger. Archive sind Stätten der Forschung und zugleich Foren kultureller Begegnung. Die Vielfältigkeit ihrer Aufgaben zwischen Verwaltung, wissenschaftlicher Forschung, historisch-politischer Bildungsarbeit und Regional- und Heimatgeschichte macht sie zu kulturellen Einrichtungen besonderer Art.

Im Aufbau und in der Organisation des bayerischen Archivwesens nimmt die Generaldirektion der Staatlichen Archive eine besondere, herausgehobene Funktion wahr. Als eine dem Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst nachgeordnete Behörde der Mittelstufe ist die Generaldirektion die zentrale staatliche Fachbehörde für alle Fragen des Archivwesens. Der im Jahr 1970 errichteten Mittelbehörde obliegt vor allem die einheitliche administrative und fachliche Leitung der nachgeord-

neten staatlichen Archive, das sind das Bayerische Hauptstaatsarchiv als das zentrale Landesarchiv des Freistaates Bayern und die regionalen staatlichen Archive in Amberg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Landshut, München, Nürnberg und Würzburg. Neben der Wahrnehmung aller archivübergreifenden Fachaufgaben entlastet die Generaldirektion die staatlichen Archive von Verwaltungsaufgaben. Darüber hinaus ist die Generaldirektion ein zentraler Ansprechpartner für viele Stellen außerhalb der staatlichen Archivverwaltung. So berät sie einerseits in Ausführung des Bayerischen Archivgesetzes die Behörden, Gerichte und sonstigen staatlichen Stellen in allen Fragen der Schriftgutverwaltung und Aktenordnung. Andererseits stellt sie ihre fachliche Kompetenz im Rahmen der Archivpflege auch den kommunalen und privaten Archiven, und hier vor allem den Adelsarchiven beratend und unterstützend zur Verfügung. Nur drei Zahlen sollen das Wachstum und die Entwicklung der staatlichen Archive in den letzten 25 Jahren verdeutlichen: Im Jahr 1970 verwahrten das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die acht Staatsarchive etwa 15 Millionen Archivalieneinheiten, was rund 128.000 laufenden Metern Archivgut entsprach. Ende 1996 war der Gesamtbestand auf 35 Millionen Archivalieneinheiten und 185.000 laufende Meter Archivgut angewachsen. Der Stellenplan des Haushalts 1970 wies 170 Stellen für die Archivverwaltung aus; im Haushaltsjahr 1996 waren es 235 Stellen. Das Haushaltsvolumen der bayerischen Archivverwaltung vervierfachte sich zwischen 1970 und 1996; es stieg von 3,9 Millionen DM auf 17,2 Millionen DM.

Diese Entwicklung hat Herr Professor Jaroschka maßgeblich begleitet. Genau 40 Jahre, vom Archivreferendar 1957 bis zum nunmehrigen Ausscheiden aus dem Amt des Generaldirektors, stand er im Dienst der bayerischen Archivverwaltung. In dieser Zeit hat er ein Stück Archivgeschichte gestaltet und sich in die Annalen der bayerischen Archive eingeschrieben. Gestatten Sie mir, vom äußeren Lebens- und Bildungsweg die wichtigsten Stationen zu nennen.

1932 im nordböhmischen Warnsdorf geboren, besuchte der Sohn eines Richters die Volksschule und die ersten Oberschulklassen in seiner Heimat, bis die Familie im Sommer 1945 in die deutsche Ostzone ausgewiesen wurde. Nach kürzerem Aufenthalt im thüringischen Erfurt siedelte die Familie Ende 1946 nach Bayern über. Am Humanistischen Gymnasium in Straubing legte Walter Jaroschka im Juni 1951 die Reifeprüfung ab, studierte anschließend Geschichte und Klassische Philologie an der Universität München und ging im Herbst 1953 an das renommierte Institut für Österreichische Geschichtsforschung der Universität Wien, das er 1956 mit der Staatsprüfung abschloß. Es folgte die Promotion an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien. Dr. Jaroschka bewarb sich 1957 um Aufnahme in den Vorberei-

tungsdienst für den höheren Archivdienst und legte an der Bayerischen Archivschule in München im Jahr 1960 die Anstellungsprüfung ab. Das niederbayerische Staatsarchiv in Landshut wurde zum ersten beruflichen Einsatzort von Dr. Jaroschka. Nach mehrjähriger Tätigkeit folgte 1966 die Versetzung an das Bayerische Hauptstaatsarchiv in München. Bereits in den siebziger Jahren galt der Archivbeamte als der wohl beste Kenner der Bestände nicht nur des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, sondern darüber hinaus auch der Altbestände in den regionalen Archiven. Am 15. November 1977 wurde Herr Dr. Jaroschka zum Leiter der bayerischen Archivverwaltung bestellt und mit Wirkung vom 1. Februar 1978 zum Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns ernannt.

Wenn wir heute auf seine zwanzigjährige Amtszeit zurückblicken, so ist mit Stolz, Anerkennung und großem Dank festzustellen, daß Generaldirektor Dr. Jaroschka zum einen die Kontinuität des bayerischen Archivwesens bewahrt, zum anderen die bayerischen Archive mit Überzeugung, mit Umsicht und Tatkraft, mit Zielstrebigkeit und sicherer Hand in die Zukunft geführt hat. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, alle Leistungen und Verdienste im einzelnen zu würdigen, die Sie sich, sehr geehrter Herr Professor Jaroschka, im Laufe Ihrer jahrzehntelangen Dienstzeit erworben haben. So kann es keine umfassende Bilanz sein, wenn ich nur ein paar Schwerpunkte Ihrer Tätigkeit hervorhebe, ohne daß mit ihrer Reihenfolge eine Wertung verbunden wäre.

Die Neustrukturierung der Bestände der staatlichen Archive auf der Basis des Provenienzprinzips und die damit verbundene Neuorganisation des Hauptstaatsarchivs sowie die umfassende Umverteilung der Altbestände auf die bayerischen Staatsarchive sind ganz entscheidend der persönlichen Leistung von Generaldirektor Dr. Jaroschka zu verdanken; diese sogenannte Beständebereinigung wird immer mit seinem Namen verbunden bleiben. Mit der Beständebereinigung wurden tiefgreifende strukturelle Maßnahmen mit dem Ziel unternommen, Archivbestände, die vor allem im 19. Jahrhundert auseinandergerissen wurden, wieder zusammenzuführen. Die historischen Quellen sollen damit in ihrem geschichtlichen Überlieferungszusammenhang und in der Geschichtslandschaft, in der sie entstanden sind, der Forschung zur Verfügung stehen. Die archivische Beständebereinigung ist damit Teil einer Kulturpolitik, die sich um fachlich abgesicherte Dezentralisierung und Regionalisierung bemüht.

Mit dem Inkrafttreten des Bayerischen Archivgesetzes zu Beginn des Jahres 1990 hat ein neuer Abschnitt in der Geschichte des bayerischen Archivwesens begonnen. Der Generaldirektor der Staatlichen Archive hat sich bei der Vorbereitung des Gesetzes wie bei dessen Folgeregelungen, von der Archivbenutzungsordnung bis zu den Vorschriften über die Aktenaussonderung und die Archivpflege, bleibende

Verdienste durch eine sachkundige, maßgebliche Mitwirkung erworben. Das Bayerische Archivgesetz regelt erstmals die Aufgaben und die Benützung unserer Archive. Mit diesem Gesetz wird sichergestellt, daß alle archivwürdigen Unterlagen der Behörden, Gerichte und sonstigen öffentlichen Stellen des Freistaates Bayern von den Archiven übernommen werden und dort unter angemessener Wahrung der Persönlichkeitsrechte der wissenschaftlichen, rechtlichen, heimatgeschichtlichen oder privaten Forschung zur Verfügung stehen. Durch die rechtlichen Regelungen haben die staatlichen Archive eine feste Verankerung in unserem Rechts-, Kultur- und Sozialstaat gefunden.

Die Amtszeit von Generaldirektor Dr. Jaroschka ist auch geprägt von einer regen Bautätigkeit für die staatlichen Archive. Es entstanden zum einen vorbildliche Archivzweckbauten und gelungene Adaptierungen zunächst archivfremder Gebäude und es erfolgten zum anderen größere Umbaumaßnahmen in bestehenden Archivgebäuden. Hier will ich vor allem nennen den 1979 fertiggestellten Neubau für das Bayerische Hauptstaatsarchiv in München und das 1990 eröffnete Staatsarchiv Augsburg für den Regierungsbezirk Schwaben. Das Staatsarchiv Coburg fand im sanierten und umgebauten historischen Zeughaus eine neue Unterkunft, und das Staatsarchiv Amberg konnte saniert und um einen Erweiterungsbau vergrößert werden. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Als ehemaliger Archivar des Staatsarchivs Landshut hat sich Generaldirektor Jaroschka seit vielen Jahren im besonderen für die Neubauplanung des niederbayerischen Staatsarchivs eingesetzt. Es ist für ihn persönlich sicherlich schmerzlich, daß der Bezug eines Neubaus oder auch nur der Spatenstich nicht mehr in seiner Amtszeit stattfinden konnte. Leider läßt sich zur Zeit die Bauausführung finanziell nicht realisieren. Doch sind wir gemeinsam mit dem Finanzministerium auf gutem Wege, eine fachlich vertretbare, befristete Zwischenlösung zu finden.

Schließlich möchte ich noch auf die historisch-politische Bildungsarbeit eingehen, die heute dank dem persönlichen Einsatz und der Überzeugungskraft von Generaldirektor Dr. Jaroschka zum Selbstverständnis der staatlichen Archive Bayerns gehört. Diese Bildungsarbeit – ich nenne hier etwa Ausstellungen und Führungen, gemeinsame Veranstaltungen mit Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Veröffentlichungen und Vorträge – ist in besonderer Weise geeignet, das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit für das historische Erbe und für geschichtliche Zusammenhänge zu entwickeln, zu fördern und zu stärken. Aus der vielfältigen Tätigkeit der Archivverwaltung in diesem Bereich möchte ich nur zwei sicherlich herausragende Beispiele erwähnen:

Als Höhepunkt der bayerisch-sächsischen Zusammenarbeit, die Professor Jaroschka seit 1990 mit gro-

ßem Engagement betrieben hat, und als gelungener Beitrag im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses veranstalteten die sächsische und bayerische Archivverwaltung eine gemeinsame Ausstellung „Bayern und Sachsen in der Geschichte. Wege und Begegnungen in archivalischen Dokumenten“, die im Herbst 1994 mit großem Erfolg in Dresden und im Frühjahr 1995 hier in München einer breiten interessierten Öffentlichkeit gezeigt wurde.

Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen verweise ich besonders auf die Edition der Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, die der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns gemeinsam mit der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften anvertraut ist. Die bisher vorliegenden zwei Bände belegen bereits die herausragende Bedeutung dieser Quellenpublikation zur bayerischen und deutschen Zeitgeschichte und sind ein wichtiges Projekt im Rahmen der geschichtswissenschaftlichen Forschung und der historisch-politischen Bildungsarbeit.

Ihre breite Fachkenntnis, Ihre Erfahrungen und eine hervorragende wissenschaftliche Befähigung haben Sie, Herr Generaldirektor, in die Gremien zahlreicher regionaler, nationaler und internationaler Einrichtungen geführt. Die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Gesellschaft für fränkische Geschichte oder das Institut für Zeitgeschichte bedienten sich Ihres großen Fachwissens ebenso wie die Sudentendeutsche Akademie der Wissenschaften, das Sudentendeutsche Archiv und das Haus der Bayerischen Geschichte.

In Ihrer Amtszeit gehörten Sie der Konferenz der Archivreferenten und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder an und trugen dort mit Ihrem Fachwissen und Ihrer reichen Erfahrung zur Lösung schwieriger Archivprobleme bei. Besonderer Erwähnung bedarf Ihr Engagement und der persönliche Einsatz als bayerischer Vertreter in der Archivdirektorenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, der Arge Alp. Sichtbarstes Zeichen hierfür ist der im vergangenen Jahr veröffentlichte „Archivführer“ der Arge Alp, für den die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns die Gesamtreaktion übernommen hatte. Intensive fachliche Kontakte haben Sie auch zur österreichischen, tschechischen und slowakischen Archivverwaltung sowie zu südosteuropäischen Archivverwaltungen aufgenommen.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch die vom Generaldirektor initiierte und ausgebaute Zusammenarbeit mit den Archiven der Wirtschaft. Das Bayerische Wirtschaftsarchiv würdigte diesen Einsatz mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft seines Wissenschaftlichen Beirates, während die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern im Jahr 1994 die Verdienste mit ihrer Ehrenmedaille auszeichnete.

Im Jahr 1982 erhielt Generaldirektor Jaroschka an der Universität München einen Lehrauftrag und wurde 1991 zum Honorarprofessor für Archivwissenschaft bestellt. An der Universität wie an der Bayerischen Archivschule vermittelte er der jungen Generation die Grundsätze der Archivwissenschaft und die Methoden archivarisches Arbeitens. In diesem Zusammenhang ist auch die Vielzahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu erwähnen.

Die Fachwelt ehrt Professor Jaroschka zum 65. Geburtstag am 31. Juli 1997 mit einer über 500 Seiten starken Festschrift, die Beiträge bayerischer, deutscher und ausländischer Archivare und Historiker versammelt. Anlässlich seiner Verabschiedung aus dem aktiven Dienst findet heute und morgen hier im Bayerischen Hauptstaatsarchiv ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Bayerns Verwaltung in historischer und archivwissenschaftlicher Forschung“ statt. Diese Tagung beweist einmal mehr die enge und fruchtbare Verbindung von Archiven und Geschichtsforschung, von Archivaren und Landeshistorikern.

Für seinen weit über die Dienstpflichten hinausgehenden erfolgreichen Einsatz für das bayerische Archivwesen hat der Bundespräsident nach der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande im Jahr 1984 Generaldirektor Dr. Jaroschka im Jahr 1992 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Der Freistaat Bayern hat die hohen Verdienste von Professor Jaroschka durch die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens gewürdigt, der ihm gestern vom Bayerischen Ministerpräsidenten ausgehändigt wurde.

Mit dem Ablauf dieses Monats werden nun die amtliche archivische Arbeit und die Dienstgeschäfte dem Nachfolger übergeben. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst hat Herrn Dr. Hermann Rumschöttel mit Wirkung vom 1. August 1997 zum Leiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns bestellt. Mit Dr. Rumschöttel gelangt ein erfahrener und bewährter Fachmann an die Spitze der bayerischen Archivverwaltung, der in seiner bisherigen Berufstätigkeit die gesamte Breite des bayerischen Archivwesens kennengelernt hat.

Nach dem Abitur in seiner Geburtsstadt Bad Reichenhall und nach zweijährigem Wehrdienst bzw. als Zeitsoldat studierte Hermann Rumschöttel Deutsch, Erdkunde, Geschichte sowie Historische Hilfswissenschaften und legte an der Universität München 1968 die Wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien mit Geschichte als Zulassungsfach ab. 1972 erfolgte die Promotion mit einer von Karl Bosl betreuten Dissertation „Das bayerische Offizierskorps. Beitrag zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns vor dem Ersten Weltkrieg“. Nach erfolgreichem Abschluß des Vorbereitungsdienstes für den

höheren Archivdienst im Jahr 1973 begann Dr. Rumschöttel seine berufliche Tätigkeit in dem für den Regierungsbezirk Oberbayern zuständigen Staatsarchiv München. 1975 wurde er an die Generaldirektion versetzt, wo er für alle archivischen Grundsatzenfragen, den Archivbau, die Archivtechnik, die Bayerische Archivschule und die Archivarsausbildung zuständig war. In der Generaldirektion übernahm er im Juni 1988 die Stellvertretung des Generaldirektors. Nach dem Ausscheiden von Professor Dr. Erich Stahleder wurde Dr. Rumschöttel im Dezember 1995 zum Leiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bestellt. Diesen zweithöchsten Dienstposten der bayerischen Archivverwaltung verläßt er nun, um die Spitzenposition des „ersten Archivars“ des Landes einzunehmen.

Dr. Rumschöttel genießt in der bayerischen, deutschen und internationalen Archivwelt hohes Ansehen. Als Vorsitzender des Vereins deutscher Archivare von 1985 bis 1993 hat er großes Format gezeigt und sich besonders um die Integration der Archive der neuen Länder in die gesamtdeutsche Archivlandschaft bleibende Verdienste erworben. In zahlreichen nationalen und internationalen Fachgremien hat er während seiner Amtszeit und darüber hinaus das deutsche Archivwesen überzeugend vertreten.

Das umfangreiche wissenschaftliche Œuvre von Dr. Rumschöttel umfaßt geschichtswissenschaftliche Arbeiten mit Schwerpunkt 19./20. Jahrhundert, z.B. bayerische Militärgeschichte, die Geschichte des bayerischen Kultusministeriums und des bayerischen Justizministeriums, die Geschichte des bayerischen Verfassungsgerichtshofes und die Archivredaktion der Edition der bayerischen Ministerratsprotokolle, ferner die maßgebliche Mitwirkung an den Ausstellungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und zahlreiche Publikationen über aktuelle archivwissenschaftliche Fragen zum Archivrecht, zur Archivtechnik und zur archivischen Fachausbildung.

Nun darf ich zunächst Sie, sehr geehrter Herr Generaldirektor Dr. Jaroschka, in Dankbarkeit verabschieden. Die Bayerische Staatsregierung spricht Ihnen den herzlichen Dank und die hohe Anerkennung für Ihre jahrzehntelange Tätigkeit im Dienste des bayerischen Archivwesens aus. Daran schließe ich an meinen persönlichen Dank und den Dank meiner Mitarbeiter, die mit Ihnen zusammengearbeitet haben. Ich wünsche Ihnen frohen Lebensmut und Gottes Segen für viele Jahre des Ruhestands!

Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Rumschöttel, wünsche ich für Ihre neue und verantwortungsvolle Tätigkeit ein erfolgreiches Wirken. Von Generaldirektor Dr. Jaroschka übernehmen Sie ein wohlbestelltes Haus. Als sein Nachfolger sollten Sie die künftigen Aufgaben ebenso entschlossen und zielstrebig anpacken und das Gesamtwohl der bayerischen Archivverwaltung stets im Auge behalten.

Kolloquium über Bayerns Verwaltung in historischer und archivwissenschaftlicher Forschung

Anlässlich der Verabschiedung von Generaldirektor der Staatlichen Archive Prof. Dr. Walter Jaroschka veranstalteten die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 24. und 25. Juli 1997 in München ein wissenschaftliches Kolloquium mit dem Thema „Bayerns Verwaltung in historischer und archivwissenschaftlicher Forschung. Stand und Aufgaben“, zu dem sich über 300 Historikerinnen und Historiker, Archivarinnen und Archivare aus dem In- und Ausland im Lesesaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs einfanden.

Es war eine Absicht der Veranstalter, vor allem auf seiten der Archivverwaltung, die Forschung, hier speziell die Verwaltungsgeschichtsforschung, besser mit den großen Veränderungen vertraut zu machen, die in den letzten 25 Jahren in den staatlichen Archiven Bayerns stattgefunden haben. Die auf der Grundlage des Provenienzprinzips durchgeführte Beständebereinigung hat auf breiter Front im 19. Jahrhundert verlorengegangene bzw. bewußt zerstörte ursprüngliche Überlieferungszusammenhänge wiederentstehen lassen. Beständebereinigung bedeutet einmal die provenienzgemaße Beständeabgrenzung zwischen den Archiven, vor allem aber eine Bestandsbildung nach dem Provenienzprinzip innerhalb der einzelnen Archive. In der Praxis heißt dies Auflösung alter Pertinenz-Mischbestände zugunsten provenienzreiner Fonds. Daß diese für eine bessere Erschließung notwendigen strukturellen Veränderungen vorrangig der die Quellen auswertenden Geschichtsforschung dienen, sollte einmal mehr verdeutlicht werden. Dr. Hermann Rumschöttel, Direktor des Hauptstaatsarchivs und seit dem 1. August Nachfolger Professor Jaroschkas als Leiter der Generaldirektion, nahm diesen Gedanken auf und hob einleitend hervor, daß Archiv und Geschichtswissenschaft, hier vor allem die Landesgeschichte, „geradezu existenziell auf den laufenden Informationsaustausch, auf das anregend-verbindende Gespräch und auf Zusammenarbeit angewiesen“ seien und daß das Kolloquium hierzu einen Beitrag leisten solle.

Nach einem Grußwort von Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Quint (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst) gaben am ersten Vormittag fünf Professoren bayerischer Universitäten unter der Moderation von Prof. Dr. Walter Ziegler (München) einen Überblick über den Stand der verwaltungsgeschichtlichen Forschung und über Forschungsdesiderata. Nach dem einleitenden Grundsatzreferat von Prof. Dr. Dietmar Willoweit (Würzburg) behandelten Prof. Dr. Wilhelm Volkert (Regensburg) das Spätmittelalter, Prof. Dr. Ferdinand

Kramer (Eichstätt) die Frühe Neuzeit, Prof. Dr. Dirk Götschmann (Regensburg) das 19. Jahrhundert sowie Prof. Dr. Werner K. Blessing (Erlangen) das 20. Jahrhundert.

Der erreichte Forschungsstand – so das Fazit der gesamten Beiträge – sei beachtlich. Auch die Archive seien daran nicht unwesentlich beteiligt gewesen, indem sie immer wieder durch eigene Publikationen, Editionen und Ausstellungskataloge auf neue Quellengruppen aufmerksam machten. Gleichwohl böten sich der verwaltungsgeschichtlichen Forschung noch zahlreiche von den Referenten benannte Forschungsthemen: die Verwaltung aus der Sicht der verwalteten Untertanen, Verwaltung als Geschichte der politischen Kommunikation (Wege der Entscheidungsfindung, Effizienz sowie politischer und gesellschaftlicher Einfluß der Verwaltung, Verhältnis von Verwaltung und Parlament), Analyse von Verwaltungstechnik, Erforschung weiterer Behörden (vor allem Mittel- und Unterbehörden) sowie weitere biographische Studien und Quelleneditionen.

Die zweite Arbeitssitzung mit dem Thema „Die Anwendung des Provenienzprinzips in den bayerischen Archiven. Entwicklung, Stand, Probleme, Perspektiven“ eröffnete Dr. Bodo Uhl (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) mit einem Grundsatzreferat über die Bedeutung des Provenienzprinzips für Archivwissenschaft und Geschichtsforschung. Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Feststellung, daß nur durch den sichtbar gemachten Bezug jedes archivalischen Schriftstücks zu seiner Entstehungsstelle dessen volle Aussagekraft garantiert sei, so daß die Beständebereinigung nach dem Provenienzprinzip kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der besseren Verständlichkeit verwaltungstechnischer Vorgänge und behördengeschichtlicher Zusammenhänge sei. Die Beständebereinigung diene daher zuvörderst den Interessen der Geschichtswissenschaft. Das Provenienzprinzip sei heutzutage in der Archivwissenschaft zwar theoretisch durchgesetzt, die Umsetzung jedoch – wenn überhaupt – vielfach nur „auf dem Papier“ oder „virtuell“, was aber die Struktur der jeweiligen Behördenregistraturen nicht ausreichend erkennen lasse.

Der Präsident der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wilfried Schöntag, bezeichnete „die Bildung einer aussagekräftigen und authentischen Überlieferung“ als zentrale Aufgabe des Archivars im Dienst am Benutzer. Die Bestandsabgrenzung bei den jüngeren baden-württembergischen Beständen sei bereits durchgeführt, bei der Bereinigung der Altbestände sei die Entscheidung der Frage „physische oder virtuelle Rekonstruktion“ vom Verhältnis von Aufwand und Ergebnis abhängig zu

machen. Es werde auch Beständeberreinigung mit Kommunalarchiven und den staatlichen Archiven anderer Bundesländer durchgeführt. Hier wies er besonders auf den Beständeaustausch zwischen Baden-Württemberg und Bayern hin, der im Juli begonnen wurde.

Albrecht Liess (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) schilderte in seinem Referat die historische Entwicklung der bayerischen Archivlandschaft seit 1799, die Dreiteilung der staatlichen Archive in München (Geheimes Hausarchiv, Geheimes Staatsarchiv, Geheimes Landesarchiv) und die Aufteilung des Archivguts seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts nach dem Pertinenzprinzip. Ergebnis dieser negativen Entwicklung war schließlich ein „archivalisches Trümmerfeld“, das von einem „System der Systemlosigkeit“ (Otto Riedner) beherrscht war und nach einem Neuaufbau verlangte. Nach ersten Ansätzen zur Beständeberreinigung in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts durch Generaldirektor Riedner habe erst Generaldirektor Jaroschka seit den siebziger Jahren die Aufgabe der physischen Beständeberreinigung innerhalb der bayerischen Staatsarchive systematisch in Angriff genommen. Nach der Abgabe der Urkunden vor 1401 an die einzelnen Staatsarchive kann diese nun als abgeschlossen gelten. Die konkrete Durchführung dieser ungeheuren Aufgabe wurde durch mehrere Beispiele verdeutlicht:

Dr. Joachim Wild (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) erläuterte die Möglichkeiten und Probleme der Bestandsformierung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv anhand der rekonstruierten bzw. noch zu rekonstruierenden älteren Fonds Kurbayern Äußeres Archiv,

Hofanlagsbuchhaltung und Geistlicher Rat und wies nochmals auf die Vorteile eines solchen Vorgehens für die Erforschung der Verwaltungs- und Behörden-geschichte hin.

Dr. Gerhard Hetzer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) ging auf die Problematik der Bestandsbildung bei den bayerischen Ministerialakten des 19. und 20. Jahrhunderts ein, wobei er besonders die Frage der Vorakten sowie der Schriftgutüberlieferung von kurzlebigen Ministerien, wie z.B. dem Handelsministerium, dem Verkehrsministerium und dem Ministerium für soziale Fürsorge, behandelte. Als typisches Beispiel der Beständeberreinigung in Franken zeigte Dr. Gerhard Rechter (Staatsarchiv Nürnberg) die verschiedenen Schritte der Bestandsabgrenzung zwischen den beiden Markgraftümern Brandenburg-Ansbach (im Staatsarchiv Nürnberg) und Brandenburg-Bayreuth (im Staatsarchiv Bamberg) auf. Dr. Gerhard Immler (Staatsarchiv Augsburg) behandelte schließlich die Situation in Schwaben am Fall der nunmehr beendeten Beständerekonstruktion des Fürststifts Kempten.

Abschließend bedankte sich der scheidende Generaldirektor Prof. Dr. Walter Jaroschka bei den Veranstaltern des Kolloquiums und ermahnte „seine Archivare“, bei der Beratung von Benützern noch stärker als bisher auf die gegebenen archivischen Strukturen und die Vorzüge der provenienzgerechten Bestandsbildung für die Forschung hinzuweisen.

Die Vorträge werden in Band 61 (1998) der Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte veröffentlicht.

(Kr/Sch)

Wechsel in der Leitung des Staatsarchivs Bamberg

Mit dem Ende des Monats April 1997 ist der Leiter des Staatsarchivs Bamberg, Archividirektor Professor Dr. Franz Machilek, in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger wurde mit Wirkung vom 1. November 1997 Archiberrater Dr. Werner Wagenhöfer,

bisher Staatsarchiv Würzburg, bestimmt. Die öffentliche Amtseinführung durch den Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns wird im Februar 1998 erfolgen.

150 Jahre Bayerisches Kultusministerium: Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und Festschrift zum Jubiläum

Die von König Ludwig I. unterzeichnete Verordnung vom 27. Februar 1847 zur Errichtung des „Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten“ gilt als Geburtsdokument des heutigen Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst. Ihr 150jähriges Bestehen beging die auch für die staatlichen Archive zu-

ständige Zentralbehörde mit einem großen Festakt am 26. Februar dieses Jahres in der Münchener Residenz, zu dem auch Bundeskanzler Helmut Kohl erschienen war. Anschließend, am 3. März, eröffnete Staatsminister Hans Zehetmair in seinem Ministerium in Anwesenheit der Belegschaft seines Hauses und geladener Gäste eine vom Bayerischen Hauptstaats-

archiv zu diesem Anlaß erarbeitete Ausstellung und stellte die vom Ministerium herausgegebene Festschrift „Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Kultusministerium“ der Öffentlichkeit vor.

Es lag nahe, daß der Abschnitt „Geschichte des bayerischen Kultusministeriums von der Errichtung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges“ der Festschrift von archivischer Seite bearbeitet wurde, verwahrt doch das Bayerische Hauptstaatsarchiv die hierfür einschlägigen Quellen. Auf über 50 Seiten zeichnet Dr. Hermann Rumschöttel, Direktor des Hauptstaatsarchivs, die Entwicklung von der zentralbehördlichen Ausgangslage am Ende des 18. Jahrhunderts und den Montgelas-Reformen bis zur völligen inneren und äußeren Zerstörung des Ministeriums am Ende des NS-Regimes nach. Dies geschieht unter ständigem Bezug auf die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und Anlässe, die organisatorischen Entscheidungen, die handelnden Personen und die räumlichen Gegebenheiten. Außer diesem Beitrag wurden vom Hauptstaatsarchiv auch die der Publika-

tion beigegebenen Listen der Minister, Staatssekretäre und Spitzenbeamten der jeweils für die Bildungs- und Kirchenangelegenheiten zuständigen Zentralbehörde bis heute, ferner eine Zeittafel erarbeitet.

Die Ausstellung „150 Jahre Bayerisches Kultusministerium“ zeigte anhand von 114 Exponaten, die in sieben zeitlich-inhaltliche Schwerpunktsbereiche gegliedert wurden, den Werdegang der obersten Unterrichts- und Kultusverwaltung von 1799 bis 1996 in ihrer organisatorischen und politischen Entwicklung. Zwei Begleitdokumentationen (Bilder der Minister und der Ministerialgebäude) ergänzten die Abfolge. Die Ausstellung war vom 4. März bis 4. April 1997 im Alten Ministergang des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst zu sehen. Ein Katalog mit ausführlichen Erläuterungen ist als Heft 6 in der Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“ erschienen (siehe S. 24).

(Ty)

50 Jahre Bayerischer Verfassungsgerichtshof: Ausstellungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof konnte heuer als das älteste der Landesverfassungsgerichte in Deutschland sein 50jähriges Bestehen feiern. Aus diesem Anlaß hat das Bayerische Hauptstaatsarchiv gleichsam als Geburtstagsgeschenk für das höchste bayerische Gericht eine kleine Ausstellung mit dem Titel „Dokumente zur Geschichte der Verfassungsgerichtsbarkeit in Bayern“ vorbereitet, die vom 26. Juni bis zum 14. August 1997 im Treppenhaus des Hauptgebäudes an der Schönfeldstraße gezeigt wurde. Die Eröffnung fand im Rahmen einer Presseführung statt, bei der auch die Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Hildegund Holzheid, und der Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts, Dr. Horst Tilch, anwesend waren. Der eigentliche Festakt zum Jubiläum fand in Gegenwart des Bundespräsidenten am 1. Juli im Cuvilliés-Theater der Münchener Residenz statt; das Bayerische Hauptstaatsarchiv war hierbei mit einer kleinen Auswahl von Exponaten vertreten, um so auf die Ausstellung im Archiv hinzuweisen. Am 22. Juli statteten die Präsidentin und die berufs- und nichtberufsrichterlichen Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv einen Besuch ab, um sich durch die Ausstellung führen zu lassen. Eine weitere Führung wurde am 28. Juli für Angehörige des Justizministeriums, des Bayerischen Obersten Landesgerichts, der Staatsanwaltschaften sowie sonstiger Justizstellen gehalten.

Gegenstand der Ausstellung war weniger die Geschichte des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

selbst als die der Verfassungsgerichtsbarkeit in Bayern im allgemeinen. Ausgehend von einem weit gefaßten Begriffsverständnis, ließen sich deren Anfänge bis in die vorkonstitutionelle Zeit hinein zurückverfolgen. Die Möglichkeit, bei Verletzung verfassungsmäßiger Rechte gegen den Landesherrn und seine Beamten vor Gericht zu klagen, stand den bayerischen Landesuntertanen bereits im Mittelalter offen. Daneben besaß der fehdefähige Adel bis zum Ewigen Landfrieden von 1495 das Recht des legitimen Widerstands gegen den unrecht handelnden oder vertragsbrüchigen Landesherrn. Die Landtage boten die Gelegenheit, im Rahmen der Gravamina auf Rechtsverstöße hinzuweisen und auf die Abstellung von Mißständen zu drängen.

Auf sichererem Boden bewegte sich die Suche nach normativen Grundlagen der Verfassungsgerichtsbarkeit ab dem Jahr 1808, dem Beginn des konstitutionellen Zeitalters. Allerdings enthielt erst die Verfassung von 1818 klare Aussagen zur Frage der Verfassungsgewähr. Sie räumte der Ständeversammlung eine Initiativfunktion bei Ministeranklagen und Verfassungsbeschwerden ein. Als Entscheidungsinstanz war bei Ministeranklagen die Oberste Justizstelle, bei Verfassungsbeschwerden der Staatsrat vorgesehen. Mit der Errichtung eines speziell für Ministeranklagen zuständigen Staatsgerichtshofs im Jahr 1850 begegnet zum ersten Mal ein von der ordentlichen Gerichtsbarkeit abgehobenes Verfassungsgericht im engeren Sinne.

Der Versuch, neben den normativen Grundlagen auch die praktische Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit zu berücksichtigen, konnte sich für die ältere Zeit insbesondere auf die Überlieferung von Hofrat, Landschaft und Reichskammergericht stützen. Für die Zeit des Königreichs standen vor allem die Beschwerdeauschußakten der Kammer der Reichsräte sowie der Kammer der Abgeordneten zur Verfügung, die heute im Bayerischen Hauptstaatsarchiv bzw. im Archiv des Bayerischen Landtags verwahrt werden. Der schriftliche Niederschlag des auf der Grundlage der Bamberger Verfassung (1919) neu errichteten, von den Nationalsozialisten aber bereits im Juni 1933 wieder außer Anwendung gesetzten Staatsgerichtshofs muß dagegen als verloren gelten.

Um die Entscheidungspraxis des in der Weimarer Zeit für Ministeranklagen, Verfassungsbeschwerden und Verfassungsstreitigkeiten exklusiv zuständigen Gerichtshofs nachvollziehen zu können, war es daher notwendig, auf Ersatzüberlieferungen auszuweichen (insbesondere die Aktenbestände von Justiz- und Innenministerium). Die Ausstellung endete mit einem Ausblick auf die Wiedererrichtung des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates nach 1945.

Ausführlichere Erläuterungen enthält ein Begleitkatalog, der als Heft 8 in der Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“ erschienen ist (siehe S. 24).

(G/Sg)

Politische Propaganda in der Weimarer Zeit: Ausstellung des Staatsarchivs Bamberg

In enger Zusammenarbeit mit den Justizbehörden des Oberlandesgerichtsbezirks Bamberg hat das Staatsarchiv Bamberg im Frühjahr dieses Jahres die nicht nur in Bamberg, sondern anschließend auch in Hof und Coburg gezeigte Ausstellung „Politische Propaganda und Agitation in der Weimarer Republik im Spiegel von Justizakten des Oberlandesgerichts Bamberg“ konzipiert. Sie wurde am 8. April im Bamberger Justizgebäude am Wilhelmsplatz durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts Prof. Dr. Reinhard Böttcher und den Leiter des Staatsarchivs Prof. Dr. Franz Machilek eröffnet. Die Idee zur Ausstellung stammt von der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Bamberg, wo bei der Durchsicht älterer Ermittlungsakten für eine behördliche Aktenaussonderung zahlreiche Beilagen wie Zeitungsausschnitte, Flugblätter, Plakate, Handzettel und Bildpostkarten aufgefallen waren. Angeregt vom zeitgeschichtlichen Inhalt der in die Verfügungsgewalt des Staatsarchivs wechselnden Akten schlug der selbst historisch interessierte Leitende Oberstaatsanwalt Müller-Daams vor, die Archivalien nicht einfach von den Regalen der Justiz in die des Archivs zu verschieben, sondern sie durch eine Ausstellung der Öffentlichkeit zu präsentieren. Das Staatsarchiv Bamberg nahm die Anregung gern auf und fand bei der Vorbereitung der Ausstellung die tatkräftige Unterstützung des Oberlandesgerichts, besonders bei der Erstellung des kleinen Ausstellungskatalogs.

Die Ausstellung wollte den Betrachter für die in alltäglichen Akten enthaltenen zeitgeschichtlichen Dokumente sensibilisieren und damit zugleich einen Eindruck von Inhalt und Form der politischen Aus-

einandersetzung in der ersten deutschen Demokratie geben sowie aufzeigen, wie die Justiz mit diesen Auseinandersetzungen befaßt war; darauf wies Prof. Dr. Böttcher in seiner Eröffnungsrede hin. Somit würde zugleich auch ein Stück Rechtsgeschichte vermittelt.

Prof. Dr. Machilek erläuterte, daß anders als in der 1996 in München gezeigten großen Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs „Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik“ (vgl. NACHRICHTEN Nr. 40/1996) die Bamberger Ausstellung an Hand von Schrift- und Bildgut einzelne historische Ereignisse der Weimarer Zeit „in der Provinz“ vorstellen wollte, indem sie den Schwerpunkt hierbei besonders auf die Dokumentation der einzelnen Ermittlungs- bzw. Strafverfahren legte. Die Exponate sollten in ihrem funktionalen Zusammenhang präsentiert werden.

Die Ausstellung fand dank der guten Presse- und Medienkontakte der Justizbehörden in Bamberg (8.4.–29.4), im Zentraljustizgebäude in Hof (15.5.–6.6.1997) und im Landgerichtsgebäude in Coburg (16.9.–2.10.97) ein breites Interesse. Zu den prominentesten Besuchern in Bamberg zählte der Bayerische Staatsminister der Justiz, Hermann Leeb, der sich am 14. April in der Stadt aufhielt.

Zur Ausstellung ist ein gedrucktes Katalogheft mit 46 Seiten und 9 Schwarzweißabbildungen erschienen, das beim Oberlandesgericht Bamberg, Wilhelmsplatz 1, 96047 Bamberg oder beim Staatsarchiv Bamberg, Hainstraße 39, 96047 Bamberg, kostenlos bezogen werden kann (siehe auch S. 23).

(Ps)

25 Jahre Staatsarchiv München: Kurzfürer und Ausstellung

Am 26. Mai 1971 wurde das damalige Staatsarchiv für Oberbayern (bis 1960 Kreisarchiv München) aus dem Verband des Bayerischen Hauptstaatsarchivs herausgelöst und als selbständige der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unmittelbar nachgeordnete Behörde unter dem Namen „Staatsarchiv München“ den übrigen bayerischen Staatsarchiven gleichgestellt. Dieses 25jährigen Jubiläums wurde am 31. Januar 1997 in einer kleinen Feierstunde gedacht, auf der auch das kurz zuvor erschienene Heft „Staatsarchiv München“ der Reihe „Kurzfürer der Staatlichen Archive Bayerns“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (siehe S. 23).

Generaldirektor Prof. Dr. Jaroschka konnte unter den Gästen zahlreiche Leiter oberbayerischer Behörden begrüßen, für deren Schriftgut das Staatsarchiv München zuständig ist. Der Regierungspräsident von Oberbayern, Werner-Hans Böhm, unterstrich in seiner Ansprache sehr anschaulich die enge Verbindung des Staatsarchivs mit den zahlreichen Behörden und Forschungseinrichtungen Oberbayerns. Die Mitarbeiter des Staatsarchivs hatten eine kleine Ausstellung zur Geschichte des Archivs aufgebaut, auf der auch ausgewählte Archivalien aus den Beständen gezeigt wurden (Angaben zum Katalog siehe auch S. 23).

(T)

Weitere Ausstellungen

„Hoffnung trotz allem ...“ lautete der Titel einer Ausstellung, die anlässlich des 15jährigen Bestehens der Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e.V. vom 19. Februar bis 4. April (verlängert bis 25. April) im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, das als Mitveranstalter auftrat, zu sehen war. Die Schau zeigte in einem ersten Teil Aspekte des Wiederbeginns jüdischen Lebens und jüdischer Kultur nach der Befreiung aus den Konzentrationslagern. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Darstellung des für viele nur als Übergang bis zur Auswanderung gedachten „Lebens auf Koffern“ in den verschiedenen D(isplaced)P(ersons)-Lagern. Einer von ihnen war damals Simon Snopkowski, heute Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e.V. Snopkowski hat den Holocaust überlebt und den Neubeginn jüdischen Lebens nach der Befreiung im DP-Lager Landsberg selbst miterlebt. Nach abgeschlossenem Medizinstudium an der Universität in München wirkte er neben seiner Tätigkeit als Arzt maßgeblich am Aufbau des jüdischen Gemeindelebens in Bayern mit. Seit 27 Jahren bekleidet Dr. Dr. Simon Snopkowski das Amt des Präsidenten des Landesverbandes Israelitischer Kulturgemeinden in Bayern. Der sich an den historischen Teil der Ausstellung anschließende Überblick über die 15jährige Tätigkeit der Gesellschaft vermittelte Eindrücke von vergangenen und gegenwärtigen jüdischen Lebenswelten und von der Vielfalt jüdischen Kulturschaffens (z.B. Sprache und Literatur, Musik, Theater). Bei der Ausstellungseröffnung am 18. Februar im Lesesaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs würdigte Staatsminister Hans Zehetmair die kontinuierliche Arbeit der Gesellschaft. Durch die Verbreitung von

Wissen über das historische und kulturelle Erbe des Judentums habe sie einen wichtigen Beitrag auf dem Gebiet der Verständigung von Juden und Christen geleistet. Es sei ihr gelungen, eine „Kulturbrücke zwischen Juden und Nichtjuden zu schlagen“.

Die Ausstellung, zu der ein 52 Seiten umfassendes bebildertes Begleitbuch erschienen ist, griff u.a. auf Dokumente und Fotografien aus dem Besitz des Hauses der Bayerischen Geschichte, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, der Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e.V. und aus der Sammlung Snopkowski zurück sowie auf eine Zusammenstellung von Originalen jüdischer Zeitungen.

Im Rahmen des „Französischen Frühlings in Bayern 1997“ zeigte das Bayerische Hauptstaatsarchiv in Verbindung mit dem Institut Français de Munich und dem Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München vom 16. Mai bis zum 20. Juni die Ausstellung „Paris und die Franzosen in Münchens Kunst- und Satire-Journalen der Jahrhundertwende“. Der Französische Frühling in Bayern, eine Veranstaltungsreihe unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten und des Französischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, hatte sich zum Ziel gesetzt, die vielfältigen bayerisch-französischen Beziehungen für die Öffentlichkeit und die Medien transparent zu machen und der bilateralen Zusammenarbeit neue Schubkraft zu verleihen.

Konzipiert wurde die Ausstellung von der Inhaberin des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft (mit Frankreich-Schwerpunkt) an der Universität München, Prof. Dr. Ursula E. Koch, die bereits 1994 mit einer Ausstellung über politische Karikaturen der

Bismarck-Zeit „Gast“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv war (vgl. NACHRICHTEN Nr. 38/1994). Insgesamt 112 Exponate (Karikaturen, Zeichnungen und andere Bilder) führten die mannigfaltigen Querverbindungen, die um 1900 zwischen München und Paris, den beiden europäischen Hauptzentren der illustrierten Presse, bestanden, vor Augen. Französische und deutsche Künstler thematisierten v.a. in den Zeitschriften „Simplicissimus“ und „Jugend“ das Pariser Leben der „Belle Epoque“. Die Ausstellung sollte auch daran erinnern, daß München um die Jahrhundertwende ein Zentrum der politisch-gesellschaftlichen Bemühungen um eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich war (Begleitheft in der Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“ Nr. 7).

In der Abteilung IV (Kriegsarchiv) des Bayerischen Hauptstaatsarchivs konnte man im Juni die Ausstellung „Ansbach-Bayreuther Truppen im nord-amerikanischen Unabhängigkeitskrieg 1777–1783“ besichtigen; von Oktober bis Dezember wird die

Ausstellung „Spuren. Die Gebäude des Kriegsarchivs und der Krieg“ gezeigt.

Einen Einblick in „das alte Coburger Handwerk des 16. bis 18. Jahrhunderts“ gewährte das Staatsarchiv Coburg mit einer Ausstellung im Erdgeschoß des Zeughauses vom 2. Juni bis 30. September. Daß die Handwerksrealität jener Zeit weit entfernt war von den Bildern alter Zunftherrlichkeit, wie sie beispielsweise in Richard Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ vermittelt wird, konnte die Ausstellung durch aussagekräftige Dokumente aus eigenen Beständen des Staatsarchivs eindrucksvoll belegen.

Im Dezember dieses Jahres wird im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zum 70. Geburtstag des 1994 verstorbenen langjährigen bayerischen Wirtschaftsministers Anton Jaumann eine Dokumentenausstellung aus seinem kürzlich erworbenen persönlichen Nachlaß (siehe S. 14) gezeigt werden.

(Sk)

Kurzführer für das Staatsarchiv Landshut erschienen

Für das Staatsarchiv Landshut ist in der Reihe „Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns Neue Folge“ ein eigenes Heft erschienen. Wie die bereits erschienenen Kurzführer für die anderen Staatsarchive bietet auch der für Landshut dem Benutzer neben den notwendigen technischen Grundinformationen eine kurze Archivgeschichte, erläutert Zuständigkeit, Organisation sowie Bestandsstruktur und stellt dann die einzelnen Bestände vor. Dies geschieht in enger Verzahnung mit der Landes- und Verwaltungsgeschichte. Die Bestände werden – gegliedert nach

Epochen – hinsichtlich ihres Inhalts, ihrer Herkunft, ihres Umfangs und ihrer Laufzeit im Rahmen der Archivtektonik kurz charakterisiert und erläutert. Der Archivführer wurde am 20. November im Rahmen eines Pressegesprächs im Staatsarchiv der Öffentlichkeit vorgestellt. Hierbei kam auch die bauliche Situation des Staatsarchivs zur Sprache (zum Kurzführer siehe auch Seite 23).

(L)

Beständeberreinigung mit Baden-Württemberg angelaufen

Im Rahmen der in den letzten drei Jahrzehnten zwischen den staatlichen Archiven Bayerns durchgeführten Beständeberreinigung auf der Grundlage des Provenienzprinzips ist bereits seit längerem ein doppeltes Problem deutlich geworden: Zum einen stellte sich heraus, daß zahlreiche Bestände nicht abschließend bearbeitet werden konnten, da sich Teile in außerbayerischen Archiven befinden, zum anderen tauchten mehr oder weniger umfangreiche Bestandsplitter auf, deren Hauptbestände in außerbayerischen Archiven verwahrt werden.

Diese Situation hat vor allem folgende Ursache: Die Aufteilung der Archivbestände nach ihrem Ortsbetreff unter Mißachtung ihres Entstehungszusam-

menhangs machte im 19. Jahrhundert nicht vor den Landesgrenzen halt, vielmehr wurden von Bayern Archivalien in großem Umfang auch an außerbayerische staatliche Archive, insbesondere an diejenigen der unmittelbaren Nachbarstaaten Württemberg, Baden und Österreich, abgegeben und von diesen übernommen. So erhielt z.B. Württemberg aus den kur-bayerischen Zentralarchiven und aus den Registraturen von Zentralbehörden, aber auch aus den Archiven der von Bayern säkularisierten und mediatisierten das Archivgut, das sich auf im neuen Königreich Württemberg gelegene Besitzungen bezog, während das Königreich Bayern im Gegenzug Archivalien aus württembergischen Archiven und Registraturen über

in seinem neuen Territorium gelegene Besitzungen übernahm. In beiden Fällen kam es zur Zerreißung gewachsener Registraturen und Archive, bei den Empfängern blieben die ibernommenen Archivalien häufig bis heute notgedrungen als Abgabegemeinschaften erhalten, da sie sich der Einordnung in vorhandene Bestände vielfach entzogen. Aber auch wenn sie in sogenannte Pertinenzbestnde eingegliedert wurden, bilden sie nach Abschluß der innerbayerischen Bereinigung isolierte Fremdkörper in den einzelnen Archiven.

Andere archivische Fremdkörper stammen aus im Zusammenhang mit vielfach nur kurzfristigen Gebietserwerbungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts ibernommenen und nicht mehr vollständig restituierten Archiven oder rhren von späteren Gebietsänderungen her, die oft von nur unzureichenden archivischen Zuständigkeitsregelungen begleitet waren. Schließlich sind einige Fremdkörper noch in Schenkungen und Zufallserwerbungen begründet.

Im Interesse der Fortführung und des Abschlusses der Beständebereinigung und der abschließenden Strukturierung der wiederhergestellten Archivbestände ist die Generaldirektion seit längerem um eine Lösung dieser Probleme bemüht. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist nunmehr getan: Die bayerische und die baden-württembergische Archivverwaltung haben sich auf einen Austausch von Archivalien aus der Zeit des Alten Reiches geeinigt. Der Bestndeausgleich wird in den nächsten Jahren in mehreren Etappen durchgeführt.

Vorausgegangen waren auf beiden Seiten langwierige Prüfungen der haushaltsrechtlichen Aspekte eines Austauschs, die mit der Zustimmung der jeweiligen Fach- und Finanzministerien abgeschlossen wurden. Die grundsätzliche Möglichkeit von Bereinigungen „im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den staatlichen Archiven [Bayerns] und anderen Archiven“ sieht bereits die amtliche Begründung zum Entwurf des Bayerischen Archivgesetzes von 1989 vor. Die haushaltsrechtliche Zustimmung wurde dadurch erleichtert, daß bei den zwischen Bayern und Baden-Württemberg auszutauschenden Archivalien im wesentlichen Wertgleichheit gegeben ist.

Von der Bereinigung sind in Bayern das Bayerische Hauptstaatsarchiv sowie die Staatsarchive Augsburg, Nürnberg und Würzburg, in Baden-Württemberg das Hauptstaatsarchiv Stuttgart und das Staatsarchiv Ludwigsburg, in bescheidenerem Umfang auch das Generallandesarchiv Karlsruhe betroffen. In den

Austausch einbezogen sind neben Archivalien bayerischer und württembergischer Provenienz vor allem Unterlagen aus Archiven ab 1803 säkularisierter bzw. mediatisierter Territorien und Institutionen.

Von den genannten bayerischen Staatsarchiven wird u.a. abgegeben Archivgut des herzoglich württembergischen Auslesearchivs, von württembergischen Zentralbehörden, Oberämtern und Klostermtern (einschließlich der enthaltenen klösterlichen Überlieferung), z.B. Weiltungen, Denkendorf, Herbrechtingen, Königsbronn und Maulbronn, der Markgrafschaft Baden, des schwäbischen Reichsgrafenkollegiums und des Ausschusses des schwäbischen Ritterkreises sowie der Ritterkantone Donau, Hegau-Allgäu-Bodensee, Kocher und Odenwald, von vordersterreichischen Zentralbehörden und dem vordersterreichischen Oberamt Altdorf, der Grafschaft Montfort-Tettnang, der Herrschaft Wiesensteig, der Klöster und Stifte Buchau, Comburg, Ellwangen, Heggbach, Isny, Langnau, Konstanz, Neresheim, Ochsenhausen, Salem, Söflingen, Urspring, Weingarten, Weienau, Zu den Wengen und Wiblingen, der Deutschordens-Kommenden Altshausen, Ulm und Kapfenburg sowie der Reichsstädte Ravensburg, berlingen, Ulm und Wangen.

Baden-Württemberg iberlt im Gegenzug u.a. Archivgut herzoglich bzw. kurfrstlich bayerischer Zentral-, Mittel- und Unterbehörden, von brandenburg-ansbachischen Zentralbehörden und Ämtern, des vordersterreichischen Oberamtes Günzburg, der Grafschaft Oettingen, der Herren von Crailsheim, der Hochstifte und Domkapitel Augsburg und Würzburg, der Stifte bzw. Klöster Christgarten, Elchingen, Feuchtwangen, Kaisheim, Kempten, der Würzburger Stifte St. Burkard, Haug und Neumünster sowie der Reichsstädte Dinkelsbühl, Lindau, Memmingen, Nördlingen und Rothenburg ob der Tauber.

Der Umfang der jeweiligen Teilbestände bzw. Bestandssplitter bewegt sich zwischen einer Einheit und iber 1300 Urkunden bzw. 60 laufenden Metern. Erste Archivalienabgaben erfolgten Ende Juli 1997 zwischen dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und dem Staatsarchiv Augsburg einerseits sowie dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart und dem Staatsarchiv Ludwigsburg andererseits, im Oktober folgte eine Austauschaktion zwischen Nürnberg und Ludwigsburg, in Kürze steht eine Abgabe nach Würzburg an.

(U)

Archiv der Freiherren von Würzburg in Mitwitz jetzt im Staatsarchiv Bamberg

Anfang November 1997 hat das Staatsarchiv Bamberg das Archiv der Freiherren von Würzburg in Mitwitz übernommen. Es handelt sich um eines der größten Adelsarchive in Oberfranken, das für alle historischen Forschungen über das nordöstliche Oberfranken und das sächsisch-oberfränkische Grenzgebiet unverzichtbar ist. Es umfaßt 390 Urkunden vom 13. bis 19. Jahrhundert. Die Amtsbücher, Akten und Sammlungen umfassen rund 23.500 Einheiten mit zusammen etwa 190 laufenden Metern. Das Archiv befand sich bisher im Eigentum einer Erben-gemeinschaft der Freiherren von Cramer-Klett und

wurde seit über zehn Jahren vom Landkreis Kronach im Wasserschloß Mitwitz betreut.

Das bedeutende Archiv wurde von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns mit einem maßgeblichen Zuschuß der Kulturstiftung der Länder von der Erben-gemeinschaft gekauft. Die Neuerwerbung soll in Kürze öffentlich vorgestellt werden, worüber in der nächsten Ausgabe ausführlicher berichtet wird.

(U)

Neue Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Karl Alexander von Müller (1882–1964)

Der Historiker Karl Alexander von Müller, der für seine wissenschaftlichen Forschungen selbst nach privaten politischen Nachlässen Umschau gehalten hat, schrieb dazu in dem 1951 unter dem Titel „Aus Gärten der Vergangenheit“ erschienenen ersten Band seiner Erinnerungen: „Man könnte wohl ein kleines Skizzenbändchen mit den Erlebnissen füllen, die einem jungen, von seiner Aufgabe besessenen Forscher auf der Jagd nach solchen Hinterlassenschaften begegnen: wieviele Fehlgänge und Enttäuschungen, wieviele Umwege und dann wieder plötzliche Überraschungen, wieviele sich anschließende menschliche Fühlungen, wieviele Einblicke in menschliche Schicksale“ (S. 481).

Solche Einblicke gewährt auch der eigene Nachlaß Karl Alexander von Müllers, der jetzt nach langjährigen Verhandlungen für das Bayerische Hauptstaatsarchiv erworben werden konnte. Müller, am 20. Dezember 1882 in München geboren, monarchisch-konservativ eingestellt, war nach seiner Habilitation 1917 Privatdozent in München und wurde 1928 Nachfolger von Michael Doeberl als Ordinarius für mittlere, neuere und bayerische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität. Neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten, die vor allem die englische, deutsche und bayerische Geschichte des 19. Jahrhunderts zum Inhalt hatten, übte er eine ausgedehnte publizistische Tätigkeit aus. Nach 1945 erfuhr er wegen seiner Haltung in der NS-Zeit, in der er viele Ämter innehatte, starke Kritik.

Der mit mehr als 10 laufenden Metern sehr umfangreiche Nachlaß enthält überwiegend Unterlagen aus der wissenschaftlichen und beruflichen Tätigkeit: Notizen, Materialsammlungen, Manuskripte, Korre-

spondenz, Terminkalender, Inskriptionslisten für seine Vorlesungen (die Liste für die Vorlesung im Wintersemester 1922/23 vereinigt Namen wie Rudolf Heß, Hermann Göring, Ernst Hanfstaengl, aber auch Alois Hundhammer). Dieser Teil des Nachlasses spiegelt eindrucksvoll die Vielzahl von Müllers (Ehren-)Ämtern wider, z.B. Sekretär der Kommission für bayerische Landesgeschichte (1928–1945), Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (1936–1944), Herausgeber der Historischen Zeitschrift (1935–1944).

Die notwendige Ergänzung findet der Nachlaß in den Unterlagen aus dem persönlichen und familiären Bereich: Briefe, Fotos sowie Materialien zu den Lebenserinnerungen, von denen nach Müllers Tod am 13. Dezember 1964 sein Sohn Otto Alexander von Müller einen dritten bis zum Jahre 1932 reichenden Band („Im Wandel einer Welt“) herausgeben konnte. Nur wenige Stücke beziehen sich auf den Vater Ludwig August von Müller (1846–1895), der die letzten fünf Jahre seines Lebens Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten gewesen war.

Der Nachlaß, der völlig ungeordnet übernommen wurde, steht aus vertraglichen Gründen erst nach Fertigstellung eines Findbuchs für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung.

Maximilian von Dziembowski (1884–1973)

Der aus einem alten polnischen Adelsgeschlecht stammende Maximilian von Dziembowski wurde am 8. April 1884 in Dresden geboren. 1919 ging er als Geschäftsträger der sächsischen Gesandtschaft nach München. Am 9. Oktober 1923 trat er freiwillig von diesem Amt zurück, nachdem in Sachsen die Regierung unter Beteiligung kommunistischer Minister

neugebildet worden war. Er blieb in Bayern, engagierte sich aktiv (zeitweilig als Schatzmeister) bei der Deutschnationalen Volkspartei und bei dem politischen Wehrverband „Stahlhelm“, dem militant-nationalistischen und antirepublikanischen Bund der Frontsoldaten. Vom Mai 1945 bis zum 30. April 1966 war er Bürgermeister von Söcking (heute Gemeinde Starnberg), wo er auch am 6. Februar 1973 starb.

Der aus Familienbesitz erworbene Nachlaß enthält einige seiner Berichte aus München über die politische Lage in Bayern. Seine sogenannte „Politische Korrespondenz“ ist für die Jahre 1918–1934 vollständig überliefert; sie bietet z.B. für die im Bestand „Sächsische Gesandtschaft für Bayern, München“ im Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden bestehende Lücke für die Jahre 1919–1923 die notwendige Ergänzung. Weitere aufschlußreiche Korrespondenzserien bestehen für die Deutschnationalen Volkspartei in Bayern (1926–1932) und den Stahlhelm (1929–1932).

Hans Müller (1884–1961)

Von dem Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen (1946–1950) und Präsidenten des Bundesfinanzhofes in München (1951–1955) hat sich nur ein kleiner Restnachlaß erhalten, der neben persönlichen Dokumenten (z.B. Ernennungs-urkunden) auch Fotos, Reden und einige Briefe (z.B. von Hans Ehard, Fritz Schäffer) enthält.

Anton Jaumann (1927–1994)

Nach dem Nachlaß des bayerischen Wirtschaftsministers Otto Schedl (vgl. NACHRICHTEN Nr. 39/1995) konnte jetzt auch der seines unmittelbaren Nachfolgers in diesem Amt erworben werden. Es handelt sich bei diesem etwa 30 laufende Meter umfassenden Nachlaß im wesentlichen um die Handaktenregistratur Anton Jaumanns im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, dem er vom 8. Dezember 1970 bis zu seinem freiwilligen Rücktritt am 14. Juni 1988 vorstand. Dieser Teil des Nachlasses gliedert sich in folgende vier Gruppen, die Jaumanns verschiedene Ämter widerspiegeln: 1. Aus seiner Ministertätigkeit sind vor allem die komplette Serie seiner Reden zu nennen. 2. Den größten Raum nehmen die Akten aus seiner Tätigkeit als Mitglied des Bayerischen Landtags ein (23. November 1958 – 12. Oktober 1990), aber auch hier im wesentlichen nur für die Jahre 1970 bis 1988: eine Aktenserie geordnet nach Korrespondenzpartnern (A–Z), eine Aktenserie geordnet nach Gemeinden des Stimmkreises Donauwörth/Nördlingen bzw. Donau-Ries, dann verschiedene Sachakten (z.B. Gebietsreform, Denkmalpflege, die von Jaumann 1976 initiierten Rieser Kulturtage). 3. Das Parteischriftgut dokumentiert Jaumanns Tätigkeit als Vorsitzender

des CSU-Kreisverbands Nördlingen und des CSU-Bezirksverbands Schwaben in den Jahren 1970 bis 1987. Die letzte Gruppe umfaßt 4. Akten des Deutschherrenbundes, der Gemeinschaft der Familien der Ballei Deutschland des Deutschen Ordens, in den Jaumann 1978 aufgenommen worden ist und der ihn zwei Jahre später zum Deutschherrenmeister wählte.

Ein kleinerer Teil des Nachlasses, im wesentlichen persönliche Dokumente (Urkunden, Ausweise, Fotos etc.), geht über Jaumanns Amtszeit als Wirtschaftsminister hinaus und dokumentiert seine Herkunft (geboren am 5. Dezember 1927 als Bauernsohn in Belzheim, Lkr. Nördlingen), seinen beruflichen Werdegang (seit 1957 eigene Anwaltskanzlei in München, 1958–1963 Geschäftsführer des Landesverbands des Bayerischen Groß- und Außenhandels), seine politische Karriere (1951–1953 Landesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten [RCDS], 1955 Vorsitzender des CSU-Kreisverbands Nördlingen, 1963–1967 Generalsekretär der CSU, 1966–1970 Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen) und die letzten Jahre bis zu seinem Tod am 23. Januar 1994.

Martin Kornrumpf (1909–1997)

Das Leben des am 24. November 1909 in Fürstenwalde (Spree) geborenen Prof. Dr. Martin Kornrumpf ist untrennbar mit dem Schicksal der Flüchtlinge nach dem 2. Weltkrieg verbunden. 1945 wurde er statistischer Berater von Wolfgang Jaenicke, dem bayerischen Staatskommissar für das Flüchtlingswesen. Seine Erfahrungen beim Mitaufbau der bayerischen Landesflüchtlingsverwaltung nutzte er dann auch im internationalen Bereich: Von 1952 bis 1957 war er Generalsekretär der Europäischen Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen, von 1954 bis 1961 Chefredakteur der Zeitschrift „Integration“. 1957 gründete er die bis 1973 bestehende „Deutsche Nansen-Gesellschaft“, die im Geiste des norwegischen Polarforschers und Diplomaten Fridtjof Nansen, der für seine Flüchtlingsarbeit nach dem 1. Weltkrieg 1922 den Friedensnobelpreis erhalten hatte, die Forschung über die Massenzwangswanderungen und die Integration der davon Betroffenen förderte.

Bereits 1979 hat Prof. Dr. Kornrumpf seine reichhaltige Sammlung an Dokumentationsmaterial zum Flüchtlingswesen dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv übergeben. Aus diesem Material, das überwiegend aus Büchern, Broschüren, Zeitschriften, aber auch Handakten zum Flüchtlingsproblem in Bayern, in Deutschland und im internationalen Bereich besteht, wurde in der Abteilung V (Nachlässe und Sammlungen) zusammen mit einer analogen Sammlung von Ministerialrat Dr. Walter Kumpert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung die sachthematische Sammlung „Flüchtlingswesen“ ge-

bildet. Zwei Jahre später erfolgte die Abgabe der Vereinsakten der Deutschen Nansen-Gesellschaft. Das Repertorium zu diesem eigenständigen Bestand liegt bereits seit 1990 für die Forschung vor.

Kurz vor seinem Tod am 10. Oktober 1997 hat Prof. Dr. Kornrumpf als dritten und letzten Komplex in elf Stehordnern seinen persönlichen Nachlaß dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv überlassen, der neben

vielen biographischen Dokumenten auch Unterlagen über abseits der Flüchtlingsproblematik liegende Forschungen enthält (z.B. Mitarbeit am 1940 erschienenen „Atlas Bayerische Ostmark“ oder zuletzt über die Planungen der Autobahn Hamburg-Frankfurt-Basel [HAFRABA] in den Jahren 1926 bis 1934).

(St)

Akten des ehemaligen Berlin Document Center kehren nach Bayern zurück

Die Veränderungen der deutschen Archivlandschaft seit 1990 blieben auch für die bayerischen Staatsarchive nicht ohne Folgen. So fanden sich, als das ehemalige Berlin Document Center (BDC) 1994 eine Abteilung des Bundesarchivs wurde, dort auch Akten bayerischer Herkunft. Das BDC war eine nach dem Krieg eingerichtete, unter dem Department of State stehende Dienststelle der US-Mission in Berlin mit der Aufgabe, der US-Regierung und den Alliierten Auskünfte über Personen der NS-Zeit zu geben. Zu diesem Zweck war in den unmittelbaren Nachkriegsjahren umfangreiches Aktenmaterial unterschiedlichster Herkunft hier zusammengetragen worden (z.B. die Mitgliedskartei der NSDAP). Zu Jahresbeginn 1997 wurden nun ca. 45 laufende Meter zumeist personenbezogener Akten an das Bayerische Hauptstaatsarchiv überstellt, von wo aus Teile zuständigkeithalber an die Staatsarchive München und Würzburg weitergeleitet wurden.

Beim *Bayerischen Hauptstaatsarchiv* verblieben etwa 9000 personenbezogene Akten aus der Zuständigkeit des Reichsstatthalters in Bayern. Die Akten enthalten vor allem Unterlagen über die Ernennung, Beförderung oder Entlassung bayerischer Staatsbeamter aus der Zeit von 1933 bis 1945. Detaillierte Unterlagen unter Einschluß umfangreicher Sammlungen von Zeitungsausschnitten, Gratulationsschreiben und Korrespondenzfragmenten finden sich z.B. über den Reichsstatthalter Franz Ritter von Epp, den langjährigen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert sowie über den Reichsärztführer Dr. Leonardo Conti; doch auch die Biographien zahlreicher weiterer Beamter und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dürften Ergänzungen erfahren. Eine kleine Gruppe von Akten über den Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter, dokumentiert vor allem an Hand von Arbeitsbüchern, Stammkarten und Inhaftierungsnachweisen, wird entsprechend der Herkunft der Akten noch auf die Staatsarchive aufgeteilt werden. (S)

Bei den ins *Staatsarchiv München* übernommenen Akten des Amtsgerichts München handelt es sich vornehmlich um Verfahrensakten gegen prominente Persönlichkeiten der NSDAP bzw. namhafte NS-

Gegner (z.B. Paul Nikolaus Cossmann, Hermann Esser, Fritz Gerlich, Heinrich Held, Rudolf Heß, Karl Landauer, Paul von Lettow-Vorbeck, Ernst Toller, Adolf Wagner u.a.), weiterhin um Ehevermittlungsakten von Erbkranken und Sterilisierten (Umfang ein laufender Meter), die zwischen 1941 und 1944 u.a. bei den Rassenpolitischen Ämtern der NSDAP-Gauleitungen Dresden, München und Nürnberg geführt wurden. In ihnen enthaltene Briefe und Fotos von Betroffenen lassen das ihnen angetane Unrecht beklemmend deutlich werden. Die Akten werden nach ihrer Herkunft auf das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden und die Staatsarchive München und Nürnberg aufgeteilt. Ein größerer Aktenkomplex (6 laufende Meter) aus den Jahren von 1933 bis 1943 trägt derzeit noch die Bestandsbezeichnung „Schutzhaftakten“, die Akten selbst haben den Stempelvermerk „Volksgerichtshof“. Es handelt sich jedoch inhaltlich auch um politische Beurteilungen, Anzeigen wegen dienstlicher Verfehlungen und Fahnenflucht, Anweisungen zur Überstellung von Ausländern zur Aburteilung nach Deutschland, Fürsorgeakten von Familien ohne Hauptverdiener, um KZ-Einweisungen oder KZ-Entlassungen. Unter den dokumentierten Vergehen dominieren Sittlichkeitsdelikte, auch solche wegen unerlaubten Waffenbesitzes, kommunistischer Umtriebe oder gegen erlassene NS-Verordnungen. Die Unterlagen stammen von unterschiedlichsten Behörden und NS-Einrichtungen (z.B. Reichsstatthalter in Bayern, bayerische Bezirks-/Landratsämter, hessische Kreisämter, deutsche und österreichische NSDAP-Gauleitungen bzw. deren Dienststellen, sonstige NSDAP-Gliederungen) und werden entsprechend zugewiesen werden. (T)

Eine dem *Staatsarchiv Würzburg* zugewiesene Aktengruppe (0,3 laufende Meter) umfaßt vor allem Akten des Gesundheitsamtes Ochsenfurt. Es handelt sich um Nachweise über vorliegende Erbkrankheiten und Anzeigen des schweren Alkoholismus im Sinne der „Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 5. Dezember 1933, auf Grund derer Anträge auf Unfruchtbarmachung beim zuständigen Erbgesundheitsgericht zu stellen waren. Ferner enthalten die Akten Vorgän-

ge über die Einweisung von Patienten in die Heil- und Pflgeanstalten Lohr a. Main und Werneck, Entlassungen aus diesen Anstalten sowie über dort eingetretene Todesfälle. Eine wertvolle Ergänzung des bereits im Staatsarchiv archivierten Bestands „Gesta-

po Würzburg“ stellen ca. 6000 Akten dieser Provenienz aus dem BDC dar. Sie betreffen vor allem Fremdarbeiter und Kriegsgefangene.

(Scho)

Schriftgut der Sondergerichte Bamberg und Bayreuth jetzt im Staatsarchiv Bamberg

Das Staatsarchiv Bamberg hat in der zweiten Jahreshälfte 1996 die sondergerichtliche Schriftgutüberlieferung der NS-Zeit im Oberlandesgerichtsbezirks Bamberg übernommen. Es handelt sich im einzelnen um 2119 Akten und etwa 1600 Urteile des Sondergerichts Bamberg und um 631 Akten des Sondergerichts Bayreuth. Die während des Umbaus im Bamberger Justizgebäude zunächst nicht auffindbaren sondergerichtlichen Prozeßregister wurden mittlerweile ebenfalls an das Archiv übergeben, wo sie neben den Abgabeverzeichnissen der Justizbehörde als Findmittel für die Akten und die Urteilssammlung dienen. Damit stehen nun der Forschung im Rahmen der Bestimmungen des Bayerischen Archivgesetzes die Ermittlungs- und Verfahrensakten der Jahre 1933 bis 1945 der Registerzeichen SGJs und SG der Sondergerichte Bamberg und Bayreuth zur Verfügung.

Die Reichsregierung hatte mit der Verordnung über die Bildung von Sondergerichten vom 21. März 1933 für den Bezirk des OLG Bamberg bei dem Landgericht Bamberg ein Sondergericht eingerichtet. Seine Aufgabe war, wie die der anderen 26 deutschen Sondergerichte, politische Gegner zu verfolgen und abzuurteilen. Ab 1940 war es dann ausschließlich zuständig für Fälle, die unter das Kriegssonderstrafrecht und das Heimtückegesetz fielen.

Doch offenbar sprachen die Bamberger Juristen allzuoft nicht nach den Vorstellungen der braunen

Machthaber Recht. Wie aus einem Generalakt des Oberlandesgerichts Bamberg hervorgeht, urteilte die Bayerische Politische Polizei in einem Halbmonatsbericht für die Zeit vom 1. mit 14. Februar 1934 über die Bamberger Richter: „Die milde Auffassung des Bamberger Sondergerichts bei gegen die Sicherheit des Staates gerichteten Handlungen konnte wiederholt festgestellt werden.“ Der Reichsminister der Justiz forderte ein Jahr später am 26. April 1935: „Ich ersuche um beschleunigten Bericht darüber, worauf es zurückzuführen ist, daß das Sondergericht [Bamberg] in den Gründen seines Urteils jede Auseinandersetzung mit der Auffassung der Anklagebehörde unterlassen hat, und ob das Sondergericht an seiner Rechtsanschauung, die der übereinstimmenden Rechtsprechung in ganz Deutschland widerspricht, festzuhalten gedenkt.“ Auf Druck des Gauleiters, der sich dadurch eine Einflußnahme der NSDAP auf die Strafrechtspflege im Gau Bayerische Ostmark versprach, wurde am 20. Juni 1942 für die Landgerichtsbezirke Bayreuth und Hof ein eigenes Sondergericht in Bayreuth eingerichtet. Ob dieses im nationalsozialistischen Sinne strenger urteilte als das Bamberger sowie weitere sich stellende Fragen werden von den Historikern anhand der jetzt im Staatsarchiv verwahrten Schriftgutüberlieferung der beiden Sondergerichte zu beantworten sein.

(Ps)

Archiv der „Katholischen Edelleute in Bayern“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv hinterlegt

Dank der Bereitschaft und dem Entgegenkommen der Genossenschaft Katholischer Edelleute in Bayern, zuvörderst ihres 1. Präsidenten, Albert Grafen Fugger von Glött, und ihres Geschäftsführers, Paul Freiherrn von Moreau, sowie der Initiative des Generaldirektors der Staatlichen Archive Bayerns, Prof. Dr. Walter Jaroschka, konnte das Archiv des Vereins unter Eigentumsvorbehalt und in Wahrnehmung der durch das Bayerische Archivgesetz (Art. 4 Abs. 4) vorgegebenen Möglichkeiten im Juni 1997 in das Bayerische Hauptstaatsarchiv übernommen werden, wo es als nichtstaatlicher Schriftgutkomplex einer auf Landesebene wirkenden juristischen Person des pri-

vaten Rechts in der Abteilung V (Nachlässe und Sammlungen) verwahrt wird.

Bei einem Umfang von 3 laufenden Metern enthält das Archiv bislang 38 Akteneinheiten. Unter ihnen ragen die mehrbändigen Korrespondenzakten, die 1893 einsetzen, aber leider vorerst noch Lücken aufweisen, und die Sitzungsprotokolle, die ebenso wie eine Chronik der Genossenschaft auf das Gründungsjahr 1876 zurückreichen, als einzelne Bestandsgruppen sowohl an inhaltlicher Bedeutung als auch an Quantität hervor. Neben vereinsinternen Druckschriften und Presseauschnitten, die ein ganzes Jahrhundert Genossenschaftsgeschichte und -aktivitäten do-

kumentieren, sind außerdem einige Akten über Mobiliarstiftungen für Kirchen in Bamberg, München und Jerusalem hervorzuheben.

Eine erste Repertorisierung des Genossenschaftsarchivs liegt vor. Die Benützung durch Dritte richtet

sich nach der Benützungsordnung für die Staatlichen Archive Bayerns vom 16.1.1990 (GVBl S. 6) in der jeweils geltenden Fassung.

(La)

Luftbildaufnahmen des Landkreises Coburg: Schenkung der Coburger Sparkassen

Als Schenkung übergab der Vorstandsvorsitzende der Vereinigten Coburger Sparkassen Siegfried Wölki am 25. September etwa 330 großformatige, wertvolle Luftbildfarbaufnahmen (30,7 x 40,5 cm) dem Staatsarchiv Coburg. Die Fotografien waren anlässlich des 175jährigen Bestehens der Sparkasse zu PR-Zwecken im Juni/Juli 1996 gefertigt worden und zeigen in brillanten, gestochen scharfen, detailreichen Abbildungen sämtliche Ortschaften und Ortsteile des Landkreises Coburg aus der Vogelperspektive. Ihr besonderer Wert liegt in der flächendeckenden Voll-

ständigkeit. Besser als ausführliche Beschreibungen und umfangreiche Statistiken spiegeln sie den Entwicklungsstand des Coburger Landes einschließlich der zu beobachtenden Fehlentwicklungen zum Aufnahmezeitpunkt wider. Die Bilder sind aussagekräftige Geschichtsquellen für siedlungs-, industrie-, verkehrs- und agrargeschichtliche Arbeiten. Als Teil der bereits vorhandenen Bildersammlung stehen die Luftaufnahmen der Forschung ab sofort im Staatsarchiv zur Verfügung.

(Ham)

Bayerisches Hauptstaatsarchiv gibt Urkunden der Stadt Neumarkt i.d. OPf. zurück

Nach 159 Jahren treuhänderischer Verwahrung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv wurden im Juli dieses Jahres 51 Urkunden an das neu eingerichtete Stadtarchiv Neumarkt i.d. OPf. zurückgegeben.

Als eines der rund 650 Stadt- und Gemeindearchive, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert an die Staatsarchive aus Gründen der dauernden und sicheren Verwahrung kamen, gelangten auch die für die Geschichte und verfassungsrechtliche Stellung der Stadt Neumarkt i.d. OPf. besonders wichtigen Urkunden aus dem Stadtarchiv Neumarkt (ausnahmslos städtische Privilegien aus der Zeit von 1235 bis 1715) an das damalige Allgemeine Reichsarchiv, der Vorgängerbehörde des Hauptstaatsarchivs. Die 1838 in München unter Eigentumsvorbehalt hinterlegten Neumarkter Urkunden, die hier einen eigenen Fonds „Stadt Neumarkt Urkunden“ bildeten, haben sich vollständig erhalten. Damit teilten sie nicht das Schicksal der übrigen Archivalien des Neumarkter Stadtarchivs, die entweder im 19. Jahrhundert verkauft wurden oder 1945 bei der Zerstörung des Neumarkter Rathauses verloren gingen.

Die Rückgabe der Urkunden erfolgte am 17. Juli im Rahmen eines Festakts, zu dem die Stadt Neumarkt neben dem Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Prof. Dr. Jaroschka, auch den Amberger Archivleiter Dr. Ambrohn sowie zahlreiche oberpfälzische Archivpfleger geladen hatte. Prof. Dr. Jaroschka wies bei seiner letzten offiziellen Amtshandlung

als Generaldirektor, die die Beständebereinigung von nichtstaatlichem Archivgut betraf, auf die Unterschiede zwischen damaligem und heutigem Verständnis von Archivpflege hin: Erst nach 1945 trat die Politik der staatlichen Übernahme von gemeindlichem Schriftgut, die der Sicherung von Archivgut diene, zurück hinter die Aufgabe, die Kommunen bei der Archivierung ihres Schriftguts in eigener Zuständigkeit zu unterstützen. Auf dieser Linie liegen auch die einschlägigen Bestimmungen des Bayerischen Archivgesetzes von 1989 und der Archivpflegebekanntmachung von 1992.

Die Voraussetzungen für den im Archivgesetz konkretisierten Begriff Archivierung wurden in Neumarkt in den letzten Monaten geschaffen: Im November 1996 konnte das Stadtarchiv in neuen Räumen eingeweiht werden; im März 1997 wurde eine eigene Archivsatzung verabschiedet. Schließlich hat die Stadt Neumarkt, deren Archiv bislang nur ehrenamtlich betreut wurde, mit der Anstellung einer hauptamtlichen Archivleiterin alle Anstrengungen unternommen, eine ordnungs- und sachgemäße Aufbewahrung und Benützbarkeit durch die Forschung zu gewährleisten. Mit Neumarkt i.d. OPf. ist damit eine weitere Kommune ihrer in Gemeindeordnung und Archivgesetz festgeschriebenen Verpflichtung, eigene Archive zu unterhalten, verantwortungsbewußt nachgekommen.

(C-F)

Förderung von nichtstaatlichen Archiven aus dem Kulturfonds Bayern

Mit 1997 erstmals zur Verfügung stehenden Mitteln des Kulturfonds Bayern konnten bereits im ersten Jahr zwei nichtstaatliche Archive gefördert werden. Das Archiv des Bistums Passau erhielt eine Zuwendung in Höhe von 200.000,- DM für die Pilotphase des Projekts „Genealogische Datenbank der Diözese Passau“. Das Projekt hat zum Ziel, die in den Tauf-, Trauungs- und Sterbebüchern der Pfarreien der Diözese enthaltenen Personendaten vom Beginn der Kirchenbuchführung um 1600 bis etwa 1900 in einer Bevölkerungsdatenbank zu erfassen. Das Stadtarchiv Rosenheim erhielt für die Schaffung der baulichen Voraussetzungen des Modellversuchs „Archivpädagogik“, in dessen Rahmen Archivführungen mit Schulklassen, die Erstellung von Unterrichtsmaterialien, die Betreuung von Schülern bei Facharbeiten, die Erarbeitung von Ausstellungen und Zeitzeugenbefragungen ermöglicht werden sollen, einen Betrag von 107.000,- DM (siehe folgenden Beitrag).

Der Kulturfonds Bayern wurde aus den Erlösen der Privatisierung der Bayerischen Versicherungskammer eingerichtet. Mit ihm sollen u.a. wichtige Impulse zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in Bayern gegeben werden. Über die Verwendung der Erträge entscheidet der Ministerrat mit Billigung des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags. Die Koordinierung und Vorbereitung entscheidungsreifer Vorschläge obliegt dem Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst. Fördergebiet ist der gesamte Freistaat Bayern, wobei in den ersten Jahren Maßnahmen in München und Nürnberg grundsätzlich ausgenommen sind. Aus dem Kulturfonds können Zuwendungen entweder als Investitions- und Projektzuschüsse oder in Form von zinsgünstigen Darlehen gewährt werden.

Neben Theatern, Museen, zeitgenössischer Kunst, Musikpflege, Laienmusik, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Heimatpflege, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, kirchlicher Bildungsarbeit, internationalem Ideenaustausch sind auch Archive, Bibliotheken und Literatur als möglicher Förderbereich vorgesehen, für den nach dem derzeitigen Konzept jährlich 0,7 Millionen DM zur Verfügung stehen. Förderungsfähig sind Investitionen und – auch kleinere – Projek-

te kommunaler, kirchlicher, privater und sonstiger nichtstaatlicher Archive. Besonderes Ziel ist die Förderung innovativer Projekte vor Ort. Eine spezielle Bagatellgrenze und ein fester Fördersatz sind nicht festgeschrieben, doch sind die allgemeinen staatlichen Fördergrundsätze zu beachten, die eine Bagatellgrenze von ca. 50.000,- DM zuwendungsfähiger Gesamtkosten vorsehen. Eine gleichzeitige Förderung aus anderen staatlichen Förderprogrammen sowie aus Mitteln der Bayerischen Landesstiftung ist in der Regel ausgeschlossen; möglich ist jedoch die zusätzliche Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz und von Städtebauförderungsmitteln. Ansonsten gelten die allgemeinen Fördergrundsätze.

Als Investitionsmaßnahmen im Sinne des Kulturfonds kommen beispielhaft in Betracht die Errichtung und Einrichtung von Ausstellungsräumen und Vortragssälen, um im Rahmen der archivischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit regelmäßig entsprechende Veranstaltungen durchführen zu können, die Schaffung der räumlichen und sachlichen Voraussetzungen für eine kontinuierliche archivpädagogische Arbeit eines Archivs, die Durchführung beispielhafter Erschließungsprojekte mit neuen Methoden, deren Ergebnisse von überregionaler Bedeutung und für die Forschung von dauerndem Nutzen sind sowie der Ankauf von Archivgut von herausragender Bedeutung. Um- und Ausbaumaßnahmen zur Schaffung von Magazinraum, die Anschaffung von Regalen und Aufbewahrungsmitteln, die Beschaffung und Verbesserung der technischen Ausstattung erfüllen nur in besonders gelagerten Fällen das Kriterium einer förderungswürdigen Maßnahme.

Anträge auf Zuwendungen aus dem Kulturfonds für archivische Maßnahmen für den nächsten Bewilligungszeitraum Juli 1998 bis Juli 1999 sind bis spätestens 15. Dezember 1997 über die zuständigen Staatsarchive bei der Generaldirektion einzureichen. Nach Abschluß des Genehmigungsverfahrens erteilt die Generaldirektion Anfang August 1998 die Zuwendungsbescheide.

(U)

Stadtarchiv Rosenheim: Voraussetzungen für Modellversuch „Archivpädagogik“ geschaffen

Nach über zweijährigen Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen konnte das neugestaltete Stadtarchiv Rosenheim am 19. September 1997 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Neben zahlreichen

Repräsentanten der örtlichen Wirtschaft, der Schulen, Banken und Behörden, der Presse, den Bezirks- und Stadträten, dem Oberbürgermeister sowie den Bürgermeistern der umliegenden Gemeinden wohnte in

Vertretung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst der neue Leiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Hermann Rumschöttel, der Veranstaltung bei und überbrachte die Grußworte des Ministeriums.

Wegen baulicher Mängel war eine grundlegende Sanierung des Gebäudes notwendig geworden. Um den Anforderungen an einen modernen Archivbau gerecht zu werden, erfolgte eine Untergliederung in einen Verwaltungs-, Öffentlichkeits- und Magazinsbereich. Im Kellergeschoß wurde durch den Einbau einer fahrbaren Regalanlage ein erheblicher Einspar-effekt erzielt. Der Öffentlichkeitsbereich wird dominiert vom neuen in einem Anbau untergebrachten Lesesaal, der durch seine Konstruktion in leichter Glas-Aluminium-Bauweise und das moderne Design der Innenausstattung eine sehr freundliche und einladende Atmosphäre ausstrahlt. Er bietet 22 Archivbenutzern Platz und kann außerdem für Ausstellungen und Seminare genützt werden. Insbesondere ermöglicht der Raum jedoch die Verwirklichung des vom Kultusministerium aus Mitteln des Kulturfonds geförderten Pilotprojekts „Archivpädagogik“.

Es geht dabei, wie Dr. Rumschöttel in seiner Rede ausführte, „um die Zusammenarbeit von Archiv und Schule, von Pädagogen und Archivaren, auch um den Einsatz von ausgebildeten Lehrern im Archiv, es geht um die schulische Nutzung des Lernorts Archiv als Geschichtswerkstatt, um den pädagogisch-didaktischen Gewinn, der aus der Begegnung des Schülers mit der originalen Geschichtsquelle erwächst: der mittelalterlichen Urkunde, dem Hexenprozeßakt, dem Auswanderungsgesuch von 1860, dem Flugblatt der Novemberrevolution, der Schutzhaftliste von 1933, der Lebensmittelkarte von 1946“. Als wichtiges Instrument der historisch-politischen Bildungsarbeit in Bayern hielten Kultusministerium und Archivver-

waltung den begonnenen Weg einer engeren, intensiveren Kooperation von Archiv und Schule für notwendig und richtig (zum Themenkomplex vgl. auch NACHRICHTEN Nr. 40/1996, S. 4). Für die anstehenden Planungen erhoffte man sich Anregungen von Pilotprojekten, in die mit dem Rosenheimer Modellversuch nun auch der kommunale Sektor miteinbezogen worden sei.

Dr. Rumschöttel betonte in seiner Ansprache, daß historisch-politische Bildungsarbeit ein wichtiger Teil im archivischen Aufgabenkanon sei, aber eben nur ein Teil. Bei der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben, nämlich der Sicherung, Übernahme, Erschließung und Zugänglichmachung der Quellen fänden die kommunalen Archive bei den staatlichen Archiven Beratung und Unterstützung, falls sie dies wünschten. Oberster Grundsatz der staatlichen Archivverwaltung sei eine gegenseitige Respektierung der Rechtssphären – eine bewußte Einflußnahme werde strikt abgelehnt –, da nur so eine fruchtbare, vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich sei.

Der in der Gemeindeordnung als Grundsatz enthaltene und durch das Bayerische Archivgesetz konkretisierte Archivierungsauftrag der Kommunen sei in Rosenheim durch die bauliche Umgestaltung des Stadtarchivs, die Besetzung mit einer hauptamtlich tätigen, äußerst aktiven Fachfrau an der Spitze und die Schaffung eines eigenständigen Sachgebiets innerhalb des Kulturamts mustergültig umgesetzt worden. Rosenheim gehöre damit zu der herausragenden Gruppe bayerischer Städte und Kommunen, die über ein vorbildliches Kommunalarchiv verfügen.

Das Stadtarchiv Rosenheim hat anlässlich seiner Neueröffnung eine Broschüre aufgelegt, die u.a. die Gliederung des Archivs sowie das Pilotprojekt „Archivpädagogik“ vorstellt.

(Sk)

Justizminister Leeb beim Südwestdeutschen Archivtag in Aschaffenburg

Die „Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft“ bildete das Rahmenthema des 57. Südwestdeutschen Archivtags, der in diesem Jahr vom 9. bis 11. Mai im bayerischen Aschaffenburg stattfand. Im Mittelpunkt der Vorträge standen Fragen der Überlieferungssicherung im nichtöffentlichen Bereich, vor allem bei den Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften und kommunalen Eigenbetrieben.

In seinem Grußwort ging der Bayerische Staatsminister der Justiz, Hermann Leeb, auf das Rahmenthema ein und hob die gesellschaftliche Relevanz von Gruppen, Interessenverbänden und anderen Organisationen hervor. Diese genießen in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur ein hohes Maß an Auto-

nomie, sondern auch an politischer Beteiligung. Der freiheitliche demokratische Staat sei auf die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen angewiesen, da die Verwirklichung des Gemeinwohls als eine der zentralen Aufgaben der Demokratie ohne die autonome Repräsentanz von Interessen kaum zu realisieren sei. Staatsminister Leeb wies auch auf die Gefahren hin, die mit der Einflußnahme der Verbände auf die zur Bildung des Staatswillens berufenen Personen verbunden ist, da einem derartigen Verfahren die Publizität fehle und auch ein echter Ausgleich von Gruppeninteressen erschwert werde. Er attestierte der Tagung, daß sie sich mit ihrer Thematik ganz am Puls der Zeit bewege.

Wörtlich führte der Justizminister aus: „Der eigentliche Aufgabenbereich des Archivars ist die verantwortliche Sicherung aller aussagekräftigen historischen Quellen zur Beantwortung möglichst vieler zukünftiger Fragestellungen ... Damit leisten die Archive aber den nur ihnen möglichen Beitrag zur Förderung des Geschichtsbewußtseins. Geschichtliche Kenntnisse und historisches Verständnis sind Voraussetzungen dafür, daß sich der Mensch in seiner räumlichen, sozialen und politischen Umgebung orientierungssicher bewegen kann. Gerade dies ist in einer pluralen Gesellschaft, in der die unterschiedlichsten Einflüsse und Meinungen auf den einzelnen einströmen, von herausragender Bedeutung.“

Der seit 1946 veranstaltete Südwestdeutsche Archivtag ist die traditionsreichste regionale Fachtagung im deutschsprachigen Raum und neben dem ebenfalls jährlich veranstalteten Deutschen Archivtag eines der renommiertesten Foren des archivwissenschaftlichen und archivfachlichen Erfahrungsaustauschs. Die Veranstaltungsorte liegen naturgemäß überwiegend in Baden-Württemberg, daneben auch in Rheinland-Pfalz, Südhessen, der Schweiz und im Elsaß, von Zeit zu Zeit aber auch in Bayern, so zuletzt 1991 in Augsburg, davor 1973 in Kempten. Seit jeher gehören auch bayerische Archivare dem sogenannten Triarium als Träger des Archivtags an.

(U)

Familienforschung und Archive: 49. Deutscher Genealogentag in München

Mit München hatte sich der Deutsche Genealogentag ein bedeutendes archivisches Zentrum als Tagungsort gewählt. Seit längerem schon gehört es zum Programm dieser Tagungen, daß sich die örtlichen Archive den Familienforschern vorstellen, was für die vier für Genealogen besonders einschlägigen Archive in der Stadt (Archiv des Erzbistums München und Freising, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Staatsarchiv München und Stadtarchiv) in jeweils 20minütigen Kurzvorträgen geschah. Die staatlichen Archive beteiligten sich außerdem durch zwei Vorträge an der Tagung (Dr. Andrea Schwarz über das bayerische Reichsheroldenamnt und die Adelsmatrikel, Dr. Reinhard Heydenreuter über die Ehegesetzgebung im Kurfürstentum und Königreich Bayern).

Der Leiter der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Hermann Rumschöttel, unterstrich in einem Grußwort auf der Festversammlung des Kongresses am 14. September, daß die Staatlichen Archive Bayerns sich stets der Belange der Familienforscher angenommen haben. Aus der Überzeugung, daß bei familiengeschichtlichen Forschungen grundsätzlich ein wissenschaftlicher Zweck gegeben sei, konnte so 1990 in der neuen Archivbenützungordnung Gebührenfreiheit für Familienforschung durchgesetzt werden, was man geradezu „als

kopernikanische Wende im bayerischen Archivbenützungrecht“ bezeichnen könne. Die tägliche Benützungspraxis in den Archiven ebenso wie die Tatsache, daß der Bayerische Landesverein für Familienkunde im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und die Gesellschaft für Familienkunde in Franken im Staatsarchiv Nürnberg räumlich angesiedelt seien, bewiesen, daß die Archive die Anliegen der Familienforscher stets ernst genommen haben. Rumschöttel wies jedoch auch auf Grenzen hin, die dem Quellenhunger der Archivbenützer bei modernem Schriftgut durch die Erfordernisse des Persönlichkeitsschutzes und die Ansprüche auf Vertraulichkeit gesetzt seien. Er bat auch um Verständnis dafür, daß den Wünschen der Genealogen nach an ihren speziellen Fragestellungen orientierten archivischen Ordnungsprinzipien und Findmitteln die Verpflichtung der Archive gegenüberstehe, ihre Unterlagen so zu ordnen, daß sie für alle Archivbenützer und für alle Fragestellungen aussagekräftig und gut zugänglich seien.

Insgesamt zeigte die gelungene und sehr gut besuchte Veranstaltung (etwa 350 Teilnehmer) einmal wieder, daß in Bayern Familienforschung und Archive seit langem in einem guten Verhältnis zueinander stehen.

(Tr)

Ausbildung an der Bayerischen Archivschule und der Bayerischen Beamtenfachhochschule

Im November 1997 beginnt nach einer einjährigen Pause wieder ein Vorbereitungsdienst an der Bayerischen Archivschule, und zwar für den höheren Archivdienst, an dem fünf staatliche Archivreferendarinnen und -referendare und zwei Gäste aus dem kommunalen bzw. kirchlichen Bereich teilnehmen. Es ist

geplant, im Herbst 1998 einen Vorbereitungsdienst für den mittleren Archivdienst durchzuführen, auch hier wird sich die Zahl der staatlichen Anwärter auf maximal fünf Teilnehmer beschränken müssen. Die Durchführung eines Vorbereitungsdienstes für den gehobenen Archivdienst wird sicherlich nicht vor

dem Jahr 2000 möglich sein, da in dieser Laufbahn in den nächsten Jahren keine freien Stellen zu erwarten sind.

Im Jahr 1996 haben an der Bayerischen Archivschule bzw. der Bayerischen Beamtenfachhochschule, Fachrichtung Archivwesen drei Vorbereitungsdienste für die Laufbahnen des höheren und mittleren bzw. gehobenen Dienstes mit den Anstellungsprüfungen die Ausbildung abgeschlossen:

Am Vorbereitungsdienst 1993/1996 für den höheren Archivdienst nahmen acht staatliche Archivreferendarinnen und -referendare, ein kommunaler Archivreferendar (Stadt Nürnberg) sowie vier Gäste für den kirchlichen bzw. städtischen Archivdienst (Stadt Erlangen, Diözese Eichstätt, Erzdiözese München und Freising, Oberdeutsche Provinz SJ) teil. Alle haben die Anstellungsprüfung erfolgreich abgeschlossen.

Der Vorbereitungsdienst 1994/1996 für den mittleren Archivdienst bestand aus vier staatlichen und fünf kommunalen Archivassistentenanwärterinnen und -anwärtern (Städte Weiden i.d. OPf., Weißenburg i. Bay., Würzburg und Villingen-Schwenningen) und einem Aufstiegsbeamten aus dem Staatsarchiv Augsburg. Die Anstellungsprüfung wurde von neun Teilnehmern mit Erfolg abgelegt, ein Teilnehmer hat die Prüfung nicht bestanden.

Am Vorbereitungsdienst 1993/1996 für den gehobenen Archivdienst an der Bayerischen Beamtenfachhochschule, Fachrichtung Archivwesen nahmen sieben staatliche Archivinspektorantwärterinnen und -anwärter, eine kirchliche Anwärterin (Erzdiözese Bamberg) und erstmals ein Aufstiegsbeamter aus dem mittleren Archivdienst teil, alle haben die Anstellungsprüfung bestanden.

(Schm)

Fortbildung von Mitarbeitern in Archiven und Registraturen

Ungebrochenen Zuspruchs erfreuen sich die seit 1981 von der Bayerischen Verwaltungsschule in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns durchgeführten Seminare zum Registraturwesen und zum kommunalen Archivwesen (vgl. zuletzt NACHRICHTEN Nr. 34/1990). Zielgruppe der Registraturseminare sind Mitarbeiter in Registraturen von Städten und Gemeinden sowie von Landratsämtern und sonstigen staatlichen Behörden, für die es keine Fachausbildung gibt und für deren Fortbildung ausschließlich diese Seminare angeboten werden.

Erstmals wurde im Oktober 1997 für Registraturmitarbeiter einer einzelnen Behörde, nämlich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, ein dreitägiges Vor-Ort-Seminar durchgeführt, bei dem intensiver auf die speziellen Bedürfnisse Rücksicht genommen werden konnte. Entsprechende Seminare können auch für andere Behörden vereinbart werden.

Die Archivseminare richten sich vor allem an Mitarbeiter von Städten und Gemeinden, die ohne ar-

chivarische Fachausbildung mit archivischen Aufgaben betraut werden. Sowohl zum Registratur- als auch zum Archivwesen werden Grund- und verschiedene Aufbau-seminare angeboten.

1998 sind folgende Veranstaltungen geplant:
Registraturwesen Grundseminare: 23.3.–27.3.1998 und 14.9.–18.9.1998.

Registraturwesen Aufbau-seminar: 7.12.–9.12.1998.

Archivwesen Grundseminar: 15.6.–19.6.1998.

Archivwesen Aufbau-seminar: 19.10.–23.10.1998.

EDV im Archiv: 28.10.–30.10.1998.

Alle Seminare finden im Fortbildungszentrum der Bayerischen Verwaltungsschule in Holzhausen am Ammersee statt. Weitere Einzelheiten enthält das in Kürze erscheinende Fortbildungsprogramm der Bayerischen Verwaltungsschule, bei der ausschließlich die Anmeldung möglich ist.

(U)

2. FAUST-Anwendertreffen in Nürnberg

Am 24. Oktober 1997 trafen sich 29 Anwender des Dokumentations- und Retrievalprogramms FAUST im Rathaus der Stadt Nürnberg. Der Teilnehmerkreis umfaßte u.a. staatliche, kommunale und Wirtschaftsarchive, Museen und Forschungs- und Dokumentationseinrichtungen aus Wissenschaft, Kirche, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, die Text- und Bildinfor-

mationen mit FAUST verwalten und nutzen. Dieser weit gespannte Nutzerkreis ist ein Beleg für die Vielseitigkeit des Programms, das jeder Anwender an seine besonderen Bedürfnisse anpassen kann.

Auf dem von der bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns beheimateten FAUST-Anwendergruppe und dem Stadtarchiv Nürnberg

ausgerichteten Treffen wurde in drei Vorträgen die Anwendung von FAUST in der Praxis der Museen (Stefan Müller M.A., Museum am Burghof, Stadt Lörrach: *FAUST im Museum oder Wer sucht, der findet*), der Bibliotheken (Walter Gebhardt, Stadtarchiv Nürnberg: *BibVer in der Bibliothek des Stadtarchivs Nürnberg*) und der Archive (Dr. Karl-Ernst Lupprian, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns: *Kanzlei- und Registraturverwaltung mit*

FAUST) dargestellt. Am Nachmittag fand eine Diskussion mit dem Hersteller von FAUST, der Firma Doris Land Software-Entwicklung, über die weitere Entwicklung des Programms statt, auf der neben gemeinsamen Wünschen der Anwender auch Kritiken vorgebracht und Einzelprobleme erörtert wurden.

(Lu)

Internationale Zusammenarbeit

Im Rahmen einer Studienreise durch Deutschland, die Niederlande und Frankreich besuchte eine Delegation chinesischer Archivare aus der Provinz Shandong am 2. September 1997 München. Die aus neun hochrangigen Archivarinnen und Archivaren bestehende Delegation unter der Leitung von Yi Bing Yan, dem Direktor der Archivverwaltung und des Provinzialarchivs Shandong, wurde vom Vertreter des Generaldirektors der Staatlichen Archive Bayerns, Ltd. Archivdirektor Dr. Uhl, in der Generaldirektion empfangen.

Dr. Uhl stellte der Delegation Aufbau und Organisation des deutschen und besonders des bayerischen Archivwesens im Rahmen der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland vor und erläuterte in Grundzügen die Archivgesetzgebung von Bund und Ländern und die archivfachliche Ausbildung. Ein Besuch des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und eine Vorführung des EDV-Systems schlossen sich an.

Am Abend gab die Bayerische Staatsregierung für die Delegation ein Essen, auf dem Dr. Uhl die Grüße der Staatsregierung, insbesondere des Herrn Stellvertreters des Bayerischen Ministerpräsidenten und Staatsministers für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, überbrachte. In seiner Tischrede wies Dr. Uhl auf die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bestehenden Beziehungen zwischen Deutschland und Shandong hin und betonte die bereits traditionell guten und engen Beziehungen zwischen Bayern und China und speziell der Provinz Shandong, die seit 1987 von einer engen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, berufliche Ausbildung und Kultur geprägt werden.

Sehr jung dagegen sind die fachlichen Beziehungen im Archivwesen: Nachdem im November 1995 eine Delegation chinesischer Archivare im Rahmen der Vorbereitung des XIII. Internationalen Archivkongresses München besucht und ein bayerischer Archivar 1996 an diesem Kongreß teilgenommen hatte, ist der Besuch der Delegation aus Shandong ein erster Schritt zur Erweiterung der Beziehungen auf den Bereich des Archivwesens. In seiner Danksagung gab der Leiter der Delegation, Herr Yi Bing Yan, der Hoffnung Ausdruck, eines Tages bayerische Archivare in Shandong begrüßen zu können. (Lu)

Am 2. Oktober 1997 besuchten der Generaldirektor der italienischen Staatsarchive (Ufficio Centrale per i Beni Archivistici im Ministero per i Beni Culturali e Ambientali), Prof. Dr. Salvatore Mastruzzi, mit seiner Mitarbeiterin Dr. Maria Pia Rinaldi Mariani die Staatlichen Archive in München. Die Gäste führten ein Informationsgespräch in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und besichtigten das Bayerische Hauptstaatsarchiv.

Eine Gruppe leitender russischer Archivarinnen und Archivare aus Moskau, St. Petersburg, Udmurtia, Astrachan, Tula, Tobolsk und Tver besuchte am 23. Oktober 1997 das Staatsarchiv Bamberg. Sie informierte sich über die dort zur Zeit laufenden Verfilmungen für die Genealogische Gesellschaft von Utah, weiterhin über Benützungsfragen und den Einsatz der EDV.

Aus Tschechien und Slowenien konnten auf Einladung des Freistaates Bayern zwei Archivare vom 23. bis 26. September 1997 am 68. Deutschen Archivtag in Ulm teilnehmen.

40jähriges Dienstjubiläum von Generaldirektor Jaroschka

Am 30. Mai 1997 vollendete Generaldirektor Prof. Dr. Jaroschka eine Dienstzeit von 40 Jahren. Der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Rudolf

Klinger, überreichte ihm an diesem Tag in der Generaldirektion die Dankurkunde der Bayerischen Staatsregierung.

Festschrift für Walter Jaroschka erschienen

Zum 65. Geburtstag von Generaldirektor Prof. Dr. Walter Jaroschka ist als Band 80 der Archivalischen Zeitschrift eine Festschrift erschienen. Der Band enthält 28 Beiträge zum in- und ausländischen Archivwesen, zur bayerischen und mitteleuropäischen Geschichte sowie paläographisch-diplomatische Ar-

beiten. Er ist zum Preis von DM 108,- beim Böhlau Verlag (Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln) oder über den Buchhandel zu beziehen (nähere Angaben siehe unten).

Die Staatlichen Archive Bayerns im Internet

Seit Anfang Oktober 1997 sind die Staatlichen Archive Bayerns mit einer eigenen Seite im Internet vertreten (URL: <http://www.m.shuttle.de/bayern-archive>). Die Seite bietet Informationen zu Aufgaben und Organisation der staatlichen Archivverwaltung, zur Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und stellt dann das Bayerische Hauptstaatsarchiv sowie die einzelnen Staatsarchive mit knappen Angaben zu ihren Beständen vor. Hinweise zur Benützung der staatlichen Archive für die Allgemeinheit und für Schulen sowie auf Veröffentlichungen der Archivverwaltung ergänzen das Angebot. Über Verbindungen (Links) kann der Besucher der Seite per Mausclick zu den Seiten einiger anderer archivischer

Einrichtungen wie z.B. Bundesarchiv, Archivschule Marburg, FH Potsdam oder dem Internationalen Archivrat gelangen.

Auch das vorliegende Heft der „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns“ ist auf dieser Seite abrufbar. Demnächst sollen auch die „Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns“ dort eingestellt werden.

Vorschläge und Anregungen können der Generaldirektion jederzeit über E-Mail (Adresse: gdion@bayern-archive.m.shuttle.de) mitgeteilt werden.

(Lu)

Neue Veröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns

Archivalische Zeitschrift. Band 80 (1997) = *Festschrift Walter Jaroschka zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von Albrecht Liess, Hermann Rumschöttel und Bodo Uhl, Köln u.a., Böhlau Verlag 1997. XIII, 625 S., 20 Schwarzweiß-, 3 Farbtafeln (mit Bibliographie zum Archivwesen für die Jahre 1992 und 1993) (ISSN 0003-9497)

Manfred Hörner, Barbara Gebhardt (Bearb.), *Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Reichskammergericht Band 3. Nr. 869–1406 (Buchstabe B)* (Bayerische Archivinventare 50/3), München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. (ISBN 3-921635-38-1) (erscheint im Dezember 1997)

Gerhard Schwertl, Martin Rüth (Bearb.), *Staatsarchiv Landshut* (Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns. Neue Folge), München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 1997. 24 S. (ISBN 3-921635-37-3)

Alfred Tausendpfund u.a. (Bearb.), *Staatsarchiv München* (Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns. Neue Folge), München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 1997. 24 S. (ISBN 3-921635-09-8)

Achim Paulus, Franz Machilek (Bearb.), *Politische Propaganda und Agitation in der Weimarer Republik im Spiegel von Justizakten des Oberlandesgerichtsbezirks Bamberg*. Eine Dokumentenausstellung des Staatsarchivs Bamberg, 1997. 46 S. (zu beziehen vom Staatsarchiv Bamberg, Hainstr. 39, 96047 Bamberg)

Staatsarchiv München (Hrsg.), *25 Jahre Staatsarchiv München* (Geschichte, ausgewählte Archivalien). Begleitheft zur Ausstellung aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Staatsarchivs München und zur Präsentation des neuen Archivführers am 31. Januar 1997, München 1997. 18 S.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen:

- Nr. 6: Stefan Thiery (Bearb.), *150 Jahre Bayerisches Kultusministerium*. Eine Dokumentenausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, München 1997, 67 S.
- Nr. 7: Ursula E. Koch, Pierre-Paul Sagave, *Paris und die Franzosen in Münchens Kunst- und Satire-Journalen der Jahrhundertwende*, München 1997, 89 S.
- Nr. 8: Bernhard Grau, Hermann Rumschöttel, Maria Rita Sagstetter, *Dokumente zur Geschichte der Verfassungsgerichtsbarkeit in Bayern*. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zum 50jährigen Jubiläum des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, München 1997, 102 S.

Hingewiesen sei noch auf folgende Veröffentlichungen:

Bibliotheksforum Bayern 25, 1997, Heft 2 (= Bibliotheken in Archiven), Verlag Saur, München

Das Vortragsheft „Personenforschung in den Archiven aus rechtlicher und genealogischer Sicht. 5. Sächsischer Archivtag. 4. Sächsisch-bayerisches Archivartreffen. 10.–12. Mai 1996 in Leipzig. Hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium des Innern in Verbindung mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und dem Landesverband sächsischer Archivare im Verein deutscher Archivare, Dresden-München-Chemnitz 1997“ kann gegen Einsendung eines mit 1,50 DM frankierten A4-Rückumschlages kostenlos bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns angefordert werden.

NACHRICHTEN AUS DEN STAATLICHEN ARCHIVEN BAYERNS

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Redaktion: Albrecht Liess unter Mitarbeit von Claudia Pollach. Satz und Gestaltung: Karin Werth

80501 München · Postfach 221152 · Tel. (089) 28638 482 · Fax (089) 28638 615.

E-mail: gdion@bayern-archive.m.shuttle.de

Es zeichnen: Dr. Michael Cramer-Fürtig (C-F), Bernhard Grau (G), Dr. Rainer Hambrecht (Ham), Dr. Christian Kruse (Kr), Dr. Joachim Lauchs (La), Albrecht Liess (L), Dr. Karl-Ernst Lupprian (Lu), Achim Paulus (Ps), Dr. Maria Rita Sagstetter (Sg), Dr. Lothar Saupe (S), Christa Schmeißer (Schm), Dr. Herbert Schott (Scho), Dr. Andrea Schwarz (Sch), Thomas Steck (Sk), Dr. Michael Stephan (St), Dr. Alfred Tausendpfund (T), Stefan Thiery (Ty), Dr. Otto-Karl Tröger (Tr), Dr. Bodo Uhl (U).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.m.shuttle.de/bayern-archive>

ISSN 0721 – 9733

Druck: Danuvia Druckhaus Neuburg GmbH, Neuburg a.d. Donau – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.